

Antrag A1: Grundsätze für den Einsatz von KI-Tools in unserer politischen Arbeit

Antragsteller*in:	Markus Gleichmann
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein
Abstimmung	Ja: Mehrheit

1. Wir, DIE LINKE. Thüringen, informieren über den Einsatz von KI-Technologie in unserer politischen Arbeit. Das betrifft auch die Erstellung von Texten und Bildern.
2. Wenn KI-Texte oder Bilder erstellt, sagen wir das. Wenn das Ergebnis echt aussieht, sagen wir, was wir für die Erstellung gesagt haben.
3. Texte oder Bilder von KI, die echt wirken, kennzeichnen wir klar. Wir lassen Ergebnisse weg, die stark täuschen. Andere Ergebnisse dürfen wir nutzen, aber wir kennzeichnen sie als KI-Ergebnisse.
4. Wir nutzen KI so, dass keine Vorurteile gestärkt werden.

Antrag A1-ÄA1: Änderungsantrag zu A1

Änderungsantrag zu A1

Antragsteller*in:	Paul Kurtzke
Status:	abgelehnt
Antragsblock:	Allgemein
Abstimmung	Ja: 3 Nein: Mehrheit

Zeile 1 - 2

~~1. Wir, DIE LINKE. Thüringen, informieren über den Einsatz von KI-Technologie in unserer politischen Arbeit. Das betrifft auch die Erstellung von Texten und Bildern.~~

Zeile 3 - 4

~~2. Wenn KI-Texte oder Bilder erstellt, sagen wir das. Wenn das Ergebnis echt aussieht, sagen wir, was wir für die Erstellung gesagt haben.~~

Zeile 5 - 7

~~3. Texte oder Bilder von KI, die echt wirken, kennzeichnen wir klar. Wir lassen Ergebnisse weg, die stark täuschen. Andere Ergebnisse dürfen wir nutzen, aber wir kennzeichnen sie als KI-Ergebnisse.~~

Zeile 8

~~4. Wir nutzen KI so, dass keine Vorurteile gestärkt werden.~~

Wir, DIE LINKE. Thüringen, setzen KI-Tools im Rahmen unserer politischen Arbeit nicht ein. Soweit wir Inhalte anderer teilen, die durch KI-Tools erstellt worden sind, machen wir dies kenntlich. Wir sehen die Gefährdung für die informationelle Selbstbestimmung eines jeden Menschen, die von solchen Werkzeugen ausgeht.

Antrag A2: Vielfalt der Familien stärken – Soziale Familienpolitik für alle Generationen

Antragsteller*in:	Cordula Eger, Isabel Kreke, Ute Lukasch, LAG Seniorenpolitik	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Allgemein	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	0
	Enthaltung:	0

Der Landesverband DIE LINKE Thüringen sieht folgende Schwerpunkte für die familienpolitische Entwicklung in Thüringen als notwendig und fordert alle Verantwortlichen auf, die Umsetzung dieser Ziele und Maßnahmen aktiv zu unterstützen:

- Es muss die überregionale und regionale Familienförderung fortgeführt und weiterentwickelt werden. Hierbei soll insbesondere das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ mit den Evaluierungsergebnissen gesichert und ausgebaut und der Landesfamilienförderplan optimiert werden;
- Maßnahmen und Angebote, die den generationsübergreifenden Austausch stärken, wie Thüringer Eltern-Kind-Zentren (ThEKiZ), Nachbarschaftsläden, Mehrgenerationenhäuser oder auch Projekte für z. B. gemeinsames Lernen sollen gefördert werden;
- Eine Verstetigung von Familienbildung und –erholung, damit sie ein fester Bestandteil der Thüringer Familienpolitik bleibt und somit vor allem die Teilhabe von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf und niedrigem Einkommen gestärkt wird;
- Die Verhinderung von Altersarmut mithilfe der Stärkung und Fortsetzung von familienpolitischen Maßnahmen und Arbeitsmarktprogrammen, die Armut bekämpfen;
- Die Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur im Freistaat:
 - Im Bereich Mobilität bedarf das Angebot des ÖPNV besonders in den ländlichen Regionen eines Ausbaus, darüber hinaus soll durch die Einführung eines Sozialtickets zur Vergünstigung des ÖPNV die generationsübergreifende Teilhabe in Thüringen gefördert werden;
 - Im Bereich soziales Miteinander müssen Maßnahmen und Projekte, die den generationsübergreifenden Austausch aktiv fördern, gestärkt werden;
 - Im Bereich Beratungs- und Unterstützungsangebote sollen niedrigschwellige Beratungsangebote für Familien und besonders auch Alleinerziehende beibehalten und flächendeckend ausgebaut werden;
 - Im Bereich Wohnen muss der barrierefreie und altersgerechte Wohnungsbau gefördert und Wohnungslosigkeit mithilfe eines Thüringer Aktionsplans vermieden und abgewendet werden;
- Die Erstellung eines Generationenberichtes (in Fortführung der Familien- und Seniorenberichte) mit Ausblick auf mögliche Handlungsmaßnahmen für die Unterstützung von Familien muss auf den Weg gebracht werden;
- Die Bereitstellung von inklusiven, niedrigschwelligen (und kostenfreien) Freizeitangeboten für Familien soll gestärkt werden. Hierzu zählen zum Beispiel Wasserspielplätze oder generationsübergreifende Spielplätze;
- Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung muss mithilfe von alternativen Angeboten, wie z. B. dem Konzept der Gesundheitskioske, gestärkt und sichergestellt werden;
- Die Thüringer Bildungslandschaft gilt es so zu strukturieren, dass für alle Generationen das lebenslange

Lernen möglich ist. Darüber hinaus müssen Ganztagschulen weiter ausgebaut werden, um Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen zu verbessern, individuelle Förderung zu ermöglichen und für Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen. Wir brauchen gute Schulen für alle, die vor Ort für unsere Kinder Lern- und Lebensort sind.

- Die Stärkung von Inklusion von Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund in die soziale Gemeinschaft in Thüringen
- Barriere-Reduzierung sowohl in den Innenstädten, im Verkehrswesen, als auch insbesondere im Wohnungsbau. Die Ermöglichung durchgehend inklusiver Zugänge zu gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen für alle.

Um dies umsetzen zu können, bedarf es der Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte aller Generationen und für Familien. Dies erfordert folgende Einzelmaßnahmen:

- Die Stärkung des Einflusses von Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien (Kinder- und Jugendparlamente, -beiräte, -foren, etc.) in allen politischen Ebenen und bei allen die junge Generation betreffenden Anliegen sowie die Schaffung verpflichtender diesbezüglicher Regularien.
- Die Stärkung niedrigschwelliger, von lokalen politischen Stimmungen unabhängiger Förderprogramme für selbstorganisierte Kinder- und Jugendbeteiligung.
- Die Erhebung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung in einen Gesetzesrang, analog zum Seniorenmitwirkungsgesetz,
- Die Unterstützung der Einstellung hauptamtlicher Beauftragter in den Kommunen, die sich mit den Belangen von Kindern, Jugendlichen, Familien, Senior*innen befassen und deren vollumfängliche Beteiligung organisatorisch unterstützen.
- Betreuungs- und Unterstützungsangebote für Eltern, die sich ehrenamtlich in kommunalen Parlamenten, Gremien und Vereinen engagieren
- Die Stärkung der Einbeziehung von Seniorenbeauftragten und -beiräten in kommunalen Gremien
- Für junge Familien und mittlere Generationen bedarf es:
 - Der Förderung von Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie z. B. alternative Arbeitszeitmodelle;
 - Der Einführung des dritten beitragsfreien Kindergartenjahres;
 - Des Ausbaus der Thüringer Eltern-Kind-Zentren (TheKiZ);
 - Der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige, um diese zu entlasten.
- Für Senior*innen bedarf es:
 - Der Fortführung des Landesprogrammes AGATHE und die Planung und Durchführung einer Öffentlichkeitskampagne, mit dem Ziel, die Bekanntheit und den Ausbau von AGATHE in weiteren Landkreisen und kreisfreien Städten zu fördern;
 - Der Sicherstellung und den Ausbau der Förderung von ehrenamtlichen Seniorenbeiräten und –beauftragten sowie der regionalen Seniorenbüros als Anlaufstelle bei Fragen und für Unterstützung;
 - Der Umwandlung des Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetz in ein Thüringer Seniorenmitbestimmungsgesetz;
 - Einer auskömmlichen Förderung des Landesseniorenrates Thüringen;
 - Der Erarbeitung eines Generationenberichtes mit Handlungsempfehlungen zur aktuellen Beteiligung und Teilhabe von Menschen im Alter 65 plus in den Bereichen Ehrenamt, Kultur, Freizeit/Tourismus und Politik;

- Der Herstellung von guten Rahmenbedingungen für die Pflegenden und zu Pflegenden in der stationären als auch ambulanten Pflege;
- Eine Pflegestruktur/Landespflegeplanung im Freistaat anpassungsfähig mit den unterschiedlichen Lebens- und Familienmodellen;
- Den Einsatz von wissenschaftlichen Ansätzen aus unterschiedlichen Fachbereichen bei der Planung von Maßnahmen und Angeboten für Menschen im Alter 65 plus zu fördern, um möglichst alle Belange miteinzubeziehen und Barrieren abzubauen;

Antrag A2-ÄA1: Änderungsantrag zu A2

Änderungsantrag zu A2

Antragsteller*in:	Lea Kittel, Jenny Rotter, Christoph Macholdt
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 58 - 60

- ~~Der Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte;~~
- ~~Der Gewährleistung des Einbezugs der Seniorenbeauftragten und -beiräten in den kommunalpolitischen Gremien;~~

Antrag A2-ÄA2: Änderungsantrag zu A2

Änderungsantrag zu A2

Antragsteller*in:	Lea Kittel, Jenny Rotter, Christoph Macholdt
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 75 - 78

- ~~Der Stärkung von Inklusion von älteren Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund in die soziale Gemeinschaft in Thüringen;~~
- ~~Barriere-Reduzierung sowohl in den Innenstädten als auch insbesondere im Wohnungsbau.~~

Antrag A2-ÄA3: Änderungsantrag zu A2

Änderungsantrag zu A2

Antragsteller*in:	Lea Kittel, Jenny Rotter, Christoph Macholdt
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 42

- Die Stärkung von Inklusion von Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund in die soziale Gemeinschaft in Thüringen
- Barriere-Reduzierung sowohl in den Innenstädten, im Verkehrswesen, als auch insbesondere im Wohnungsbau. Die Ermöglichung durchgehend inklusiver Zugänge zu gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen für alle.

Um dies umsetzen zu können, bedarf es der Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte aller Generationen und für Familien. Dies erfordert folgende Einzelmaßnahmen:

- Die Stärkung des Einflusses von Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien (Kinder- und Jugendparlamente, -beiräte, -foren, etc.) in allen politischen Ebenen und bei allen die junge Generation betreffenden Anliegen sowie die Schaffung verpflichtender diesbezüglicher Regularien.
- Die Stärkung niedrigschwelliger, von lokalen politischen Stimmungen unabhängiger Förderprogramme für selbstorganisierte Kinder- und Jugendbeteiligung.
- Die Erhebung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung in einen Gesetzesrang, analog zum Seniorenmitwirkungsgesetz,
- Die Unterstützung der Einstellung hauptamtlicher Beauftragter in den Kommunen, die sich mit den Belangen von Kindern, Jugendlichen, Familien, Senior*innen befassen und deren vollumfängliche Beteiligung organisatorisch unterstützen.
- Betreuungs- und Unterstützungsangebote für Eltern, die sich ehrenamtlich in kommunalen Parlamenten, Gremien und Vereinen engagieren
- Die Stärkung der Einbeziehung von Seniorenbeauftragten und -beiräten in kommunalen Gremien

Antrag A2-ÄA4: Änderungsantrag zu A2

Änderungsantrag zu A2

Antragsteller*in:	Lea Kittel, Jenny Rotter, Christoph Macholdt
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 41

Generationen das lebenslange Lernen möglich ist. Darüber hinaus müssen Ganztagschulen weiter ausgebaut werden, um Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen zu verbessern, individuelle Förderung zu ermöglichen und für Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen. Wir brauchen gute Schulen für alle, die vor Ort für unsere Kinder Lern- und Lebensort sind.

Antrag A3: Soziale Klimapolitik ist die Zukunft für Thüringen

Antragsteller*in:	Christian Schaft, Ina Leukefeld, Leon Walter, Katharina Wischmeyer, Linda Stark, Ute Lukasch, Heike Werner, Petra Meisenzahl, Julian Degen, Anja Müller, Paul Gruber, Andreas Schubert, Jenny Rotter, Birgit Schindhelm, Katharina König-Preuss	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Allgemein	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	1
	Enthaltung:	2

Sommer 2023: Wieder einmal ein Sommer der Rekorde. Der heißeste Tag – gemessen an der globalen Durchschnittstemperatur – am 3. Juli 2023 markiert einen solchen. Temperaturen jenseits der 40 Grad Marke quälten im Sommer den Süden Europas. Waldbrände und Hochwasser führen dazu, dass Menschen evakuiert werden müssen. Doch all das ist nicht weit weg. Dürresommer und Trockenheit beschäftigen uns insbesondere im Osten der Bundesrepublik. Unsere Thüringer Wälder haben mit Trockenstress und dem Borkenkäfer zu kämpfen und selbst im Kleingarten, dem Stadtviertel oder entlang der Bäche, Flüsse und Seen sehen wir was es bedeutet, wenn wir vom Klimawandel reden. Wir sehen die Notwendigkeit des Handelns vor unserer Haustür. Und doch ist wohl kaum ein anderes Thema in dieser Zeit so emotional beladen und Teil eines Kulturkampfes geworden.

Viele Menschen fühlen sich überfordert. Haben Angst und Sorgen, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Eine junge Generation hat vor Jahren begonnen, all das nicht mehr hinzunehmen und hat Angst davor keine Zukunft mehr zu haben, wenn der Planet einen Kipppunkt nach dem anderen überschreitet. Notwendige Veränderungen machen Menschen Angst, weil sie Sorge haben, mal wieder nicht gesehen und vergessen zu werden, weil sie sich einen Umstieg auf ein Elektroauto oder erneuerbare Energien nicht leisten können oder nicht wissen, ob ihr Arbeitsplatz im Zuliefererbetrieb in zwei Jahren noch gebraucht wird. Ältere sehen mit Sorge wie das, was sie aufgebaut haben, droht zu verschwinden. Sorgen, die die Hauptverursacher*innen der Krise nicht umtreiben, weil sie das notwendige Geld haben, um Veränderungen ohne persönliche Einschnitte einfach mitmachen zu können. Sorgen, die die Ampel-Koalition im Bund nicht nimmt, weil sie sich nicht mit den Verursacher*innen der Krise anlegen will. Letztlich aber auch Sorgen, die von verschiedenen politischen Parteien und Lobbyisten bewusst und gezielt geschürt werden und die verfangen. Rechte und extrem Rechte nutzen diese Ängste, verstärken sie und eskalieren Konflikte. Verdrängung, Abwehr, Überforderung und sogar ausartende Wut sind Reaktionen, die sich zum Teil bereits in Hetze äußern. Diesen Gefühlen wollen wir durch sozial gerechtes Handeln entgegenwirken und den Menschen wieder Vertrauen in eine solidarische Zukunft geben. Aus dem Mut der jungen Generation wollen wir Energie schöpfen und den Weg frei machen für eine klimagerechte Zukunft. Dieser Wandlungsprozess gelingt nur mit einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz. Es darf keinesfalls zu einem weiteren Umverteilungsschub von unten nach oben kommen. Als LINKE wollen wir die Energie- und Klimawende so organisieren, dass im Ergebnis echte Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in unserem Land überall gleich gut wirksam werden.

Viele fragen sich, was tut Politik, damit wir jetzt den Schalter umlegen und was tut Politik, damit das gerecht geschieht. Diese Fragen sind völlig berechtigt und wir wollen sie als Thüringer LINKE gemeinsam mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident beantworten. Wir wollen Menschen Sicherheit geben in diesem Wandel und sie mitnehmen auf den Weg, auf dem wir Thüringen gemeinsam sozial und ökologisch gestalten. Wir wollen die Lebensgrundlage, die uns vor unser aller Haustüren umgibt, bewahren und für kommende Generationen erhalten. Vom Thüringer Wald, über den Hainich, vom Saale- bis zum Werratal, vom Possen übers Thüringer Becken bis zum Schiefergebirge. Unsere Umwelt zu erhalten ist ein Gewinn

für alle. Wir haben eine gemeinsame Aufgabe vor uns, denn es gibt nur diese eine Erde.

Auf diesem Weg haben wir als LINKE mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident, in Regierungsverantwortung mit unseren Partner*innen im Parlament und außerhalb in den letzten Jahren erste Schritte unternommen. Vor 5 Jahren haben wir uns ein Klimagesetz in Thüringen gegeben, weil wir darum wissen, dass internationale Klimaziele als politischer Rahmen für unser Handeln genauso wie für die Entscheidungen der Landes- und Kommunalpolitik umgesetzt werden müssen. Als öffentliche Hand hat das Land dabei eine Vorbildfunktion. Das Infrastrukturministerium will die energetische Sanierung landeseigener Gebäude forcieren, um CO₂-Emissionen in großem Maße einzusparen. Bei der Weiterentwicklung des Vergabegesetzes sind uns die Tarifbindung und die Erhöhung des Mindestlohns auf 14 Euro ebenso wichtig wie die Vergabe nach ökologischen Kriterien, weil Soziales und Klimapolitik Hand in Hand gehen müssen. Gesundheits- und Umweltministerium haben zusammen die Arbeit an einem Hitzeaktionsplan begonnen und den Kommunen mit der so genannten „Hitzetoolbox“ einen wichtigen Werkzeugkasten an die Hand gegeben, weil es darum geht Menschen zu schützen, wenn Klimafolgen bereits zu spüren sind. Da wo Beschäftigte als letztes Glied in der Kette von weltweit agierenden Mutterkonzernen mit Entscheidungen aus der Chefetage leben und um ihre Jobs bangen müssen, unterstützen wir Gewerkschaften und die Betriebe mit einer Transformationsagentur und Technologieberatungsstelle, für die wir als LINKE gekämpft haben. Wir haben einen Vorschlag für ein Windenergiebeteiligungsgesetz auf den Weg gebracht, weil wir wollen, dass der Gewinn aus der Stromerzeugung nicht allein in den Kassen von Konzernen landen sollte, sondern dort ankommt, wo die Energie erzeugt wird. In Form von konkreten Investitionen aus Energiegewinnen in den kommunalen Kindergärten, die örtliche Bibliothek oder die Vereine schaffen wir Akzeptanz und verteilen Gewinne sozial gerecht. Als nächsten Schritt wollen wir eine Bürger*innenbeteiligung beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Zusammenarbeit mit den kommunalen Energieversorgern. Und mit unserem Einsatz für die Verwendung von Geldern aus dem Sondervermögen für nachhaltige Investitionen, haben wir einen ersten großen Schritt für mehr Tempo in der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft gemacht. Wir wollen die Geschwindigkeit und das Volumen von Investitionen in die klimagerechte Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung noch deutlich steigern, weil wir wissen, dass wir nur so neue Chancen für die Menschen und die Unternehmen entwickeln.

Und wir haben das Wissen im Land, sowohl bei den Beschäftigten, in den Unternehmen, in sozialen Einrichtungen und der öffentlichen Verwaltung als auch in den wissenschaftlichen Einrichtungen. Sei es das Wasserstoffforschungszentrum in Sonneberg, das Mobilitätszentrum an der Technischen Universität Ilmenau, das neu gegründete Institut für klimagesundes Verhalten an der Uni Erfurt oder die Expertise des Institutes für regenerative Energien in Nordhausen, um nur beispielhaft zu nennen, worauf wir aufbauen können. Es gibt sie hier vor Ort, die Ideen für eine nachhaltige, zukunftsfähige und klimaneutrale Welt.

Doch darauf wollen wir uns nicht ausruhen. Mit der kommenden Landtagswahl entscheiden wir, welchen Weg wir einschlagen. Dies ist nicht der Weg derer, die erzählen alles kann so bleiben wie es ist und wenn jeder für sich selber sorgt, ist auch für alle gesorgt. Nein, das ist der Weg in die Klimakatastrophe, in der die Starken die Ressourcen der Schwächeren vergeuden und die Zukunft unserer und der nächsten Generationen verspielen. Wir wollen den Weg einer klimagerechten Zukunft, in der keine*r Angst haben muss vergessen zu werden, wenn wir darüber sprechen, wie wir den Verkehr neu gestalten oder unsere Art und Weise zu produzieren verändern. Wir wählen den sozialen, den klimagerechten Weg und wollen deshalb im Rahmen unseres Programmprozesses mit Gewerkschaften, Initiativen und Verbänden darüber reden wie:

- **wir eine aktive Industriepolitik gestalten!** Wir wollen konkrete Ideen entwickeln, mit denen wir Unternehmen in Thüringen im Rahmen einer neu aufgestellten Industriebeteiligungsstrategie im

Strukturwandel unterstützen können. Eigenständige Unternehmen, die sich auf den Weg machen und ihre Produktion klimaneutral umstellen oder neue Produkte entwickeln wollen, könnten über eine staatliche Beteiligung ihre Eigenkapitalbasis stärken und so den Wandlungsprozess für die Beschäftigten sicher gestalten. Betriebe, die am Ende der Entscheidungsketten stehen, weil Konzernzentralen am andere Ende der Welt sitzen, könnten über staatliche Beteiligungen aus Unternehmensstrukturen herauswachsen und auf eigenen Beinen stehen. Beide gilt es mit einem entsprechenden Plan unter Beteiligung der Beschäftigten klimagerecht in Produktion und Arbeitsweise aufstellen. Dazu braucht es regionale Strategien, bei denen die Beschäftigten, Gewerkschaften, Kommunen, das Land und weitere wichtige Akteur*innen gemeinsam den Wandel gestalten. Wir wollen eine Industriepolitik, die Zukunft sichert und nicht die Veränderungen auf dem Rücken der Menschen abwälzt, wie es die Treuhandpolitik der 1990er Jahre gemacht hat. Wir wollen Sicherheit, bei der die Beschäftigten im Mittelpunkt stehen, anstatt Marktvereinigung, bei der nur die Konzernspitzen im Trockenen sitzen. Im ersten Schritt könnten bestehende Marktanalysen gebündelt und Machbarkeitsstudien auf den Weg gebracht werden, die die Grundlage für eine landesweite und regional verankerte Industriebeteiligungsstrategie legen. Mit dem Ziel eine nachhaltige und zukunftssichere Wertschöpfung in Thüringen zu entwickeln, die auf ressourcenschonende und energieeffiziente Produktion setzt. Wir wollen Beschäftigten Sicherheit im Wandel geben und die Möglichkeit klimagerecht zu produzieren, was für die Welt von morgen benötigt wird. Das Wissen und die Netzwerke dazu haben wir in Thüringen.

Gleichzeitig wollen wir für die Betriebe Energiesicherheit zu bezahlbaren Preisen herstellen und uns möglichst unabhängig von Energieimporten machen. Dazu werden wir die nötigen Mengen an Windkraft und Solar ausbauen. Um die Schwankungen der Energieerzeugung auszugleichen, werden wir Tag/Nacht Speicher in Form von Batteriezellen und saisonaler Speicher in Form von Wasserstofferzeugung und -speicherung ausbauen.

Da die Herstellung und der Transport von Wasserstoff mit hohen Energieverlusten behaftet ist, muss die Elektrifizierung von Prozessen Vorrang haben. Dies schützt die Verbraucher vor unnötigen erhöhten Kosten. Für die Bereiche, die Wasserstoff benötigen und eine echte Energiewende, muss es das Ziel sein, am Ende grünen Wasserstoff zu verwenden.

- **wir Klimafolgenanpassung als soziale Gesundheitspolitik gestalten!** Klimafolgenanpassung ist mehr als Stadtbegrünung. Hitzeschutz bedeutet Gesundheitsschutz. Hitzeschutz muss als öffentliche Aufgabe auf allen Ebenen ernst genommen und gesetzlich verankert sein. Das bedeutet nicht nur Ausbau von kostenlosen Trinkwasserspendern, der Begrünung der Innenstädte oder der Verfügbarkeit von öffentlichen Hitzeschutzräume. Damit Menschen sich nicht um ihre Gesundheit sorgen müssen, gehört diese Aufgabe eng verknüpft mit der Investition in den Gesundheitsbereich. Auf dem Weg zum landesweiten Hitzeschutzplan wollen wir auch die notwendigen Investitionen in Pflegeheime, Krankenhäuser und kommunale Versorgungszentren ausbauen, die Teil eines Sicherheitsnetzes in einer klimagerechten Zukunft sind. Wie wollen darüber sprechen, wie vor Ort Hitzeschutzpläne aussehen müssen, die den Zugang zu Trinkwasser, kühlen Räumen oder Sonnenschutzspendern ermöglichen oder Menschen aufsuchen, die Hilfe brauchen. Wir wollen darüber sprechen, ob und wie kommunale Klimabeiräte dazu beitragen können, dass Menschen ihre Ideen und Anforderungen an sozial gerechten Klimaschutz einbringen und die Akzeptanz für den Klimaschutz steigt.
- **wir Beschäftigte entlasten und schützen können!** Das Einsparen von CO₂-Emissionen wird genauso wie der Schutz vor den Klimafolgen den Arbeitsplatz vieler Menschen vor neue Aufgaben stellen. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich kann nicht nur dazu beitragen Jobs mit hoher Belastung attraktiver zu gestalten und bspw. wieder mehr Pflegepersonal zu gewinnen und vor allem zu halten. Es trägt auch dazu bei Emissionen einzusparen und gerade mit Blick auf Klimafolgen den Arbeitsalltag anders zu gestalten. Expert*innen verweisen bereits darauf, dass mehr

Zeitwohlstand ohne Lohninbußen die Möglichkeit schafft sich klimafreundlicher zu verhalten. In einer Zeit, in der zudem die Belastungen durch die Klimakrise auch am Arbeitsplatz steigen, kann dieser Weg auch zum besseren Arbeitsschutz der Beschäftigten beitragen. Auch Amtsärzt*innen verweisen darauf, dass wir über klimaangepasste Arbeitsmodelle reden müssen. Hier gilt es auch im Rahmen der Einführung einer Arbeitskammer in Thüringen, diesen Aspekt der Arbeitszeitverkürzung und die Ideen der Arbeitnehmer*innen mit einzubinden. Eine soziale Klimapolitik kann auch dabei helfen Armutsrisiken zu mindern. Höhere Löhne und Einkommen, verbunden mit einer fairen Preisgestaltung, können dazu beitragen, dass mehr Menschen von klimafreundlichen und ökologisch produzierten Produkten profitieren können. Auch deshalb betrachten wir Instrumente wie sozial-ökologische Vergabekriterien, einen Vergabemindestlohn und die Stärkung der Tarifbindung als unerlässlich.

- **wir eine soziale Klimapolitik als Infrastrukturpolitik gestalten!** Klimapolitik muss kein Verlust und keine Abstiegsangst bedeuten. Betrachten wir die Aufgaben, die wir anpacken müssen, bietet ein Umsteuern in der Klimapolitik die Möglichkeit, durch eine klimagerechte Wohnungs-, Verkehrs- oder Forstpolitik günstigen barrierefreien Wohnraum, kostenfreien, ausgebauten öffentlichen Nahverkehr und den Erhalt der Erholungsgebiete vor Ort im Thüringer Wald oder anderswo zu schaffen. Davon können alle profitieren. Wenn kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen, eine Landeswohnungsbaugesellschaft oder auch Hauseigentümer*innen im ländlichen Raum in die Lage versetzt werden, energetisch und barrierefrei zu sanieren, ohne Kosten auf Mieter*innen umzuwälzen bzw. auf erheblichen finanziellen Einbußen sitzen zu bleiben, haben alle gewonnen. Dazu müssen auch Fördermittel entsprechend ausgerichtet sein. Wenn Bus und Bahn ausgebaut und mit klugen Verkehrskonzepten in den Kommunen, unter Beteiligung der Bürger*innen verbunden werden, ist den Vielen in Stadt und auf dem Land geholfen: Den Mieter*innen, den Fahrgästen und dem Klima. In kommunalen Klimabeiräten könnte vor Ort durch konkrete Beteiligungsmöglichkeiten gemeinsam an der Entwicklung, Umsetzung und Gestaltung von kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien gearbeitet werden. Mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und Nutzung der Fernwärmenetze können wir dafür sorgen, dass Energie für alle bezahlbar bleibt und perspektivisch sogar günstiger wird.
- **wir akademische und berufliche (Weiter-)Bildung für den Strukturwandel nutzen!** Um die Energiewende zu schaffen, braucht es Personal. Mit den Beschäftigten im Land Thüringen, einer jungen Generation, die sich für ihre Zukunft stark macht sowie den Hochschulen und beruflichen Bildungseinrichtungen haben wir Wissen, Ideen und Erfahrung, die wir nutzen können. Wir wollen die Rolle von Hochschulen, Forschung und beruflicher Bildung für eine soziale Klimapolitik im Land stärken. Diese Energiewende braucht Menschen, die sie gestalten! Deshalb wollen wir Modelle diskutieren, mit denen wir die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten ausbauen – an den Hochschulen wie an den beruflichen Bildungszentren. Klimawandel, Digitalisierung und demographischer Wandel bedeuten, dass viele Aufgaben auf weniger Schultern mit neuen technischen Möglichkeiten bewältigt werden müssen. Diesen ständigen Weiterbildungsbedarf müssen wir decken. Damit Menschen das können, brauchen sie Zeit und Sicherheiten. Modelle dazu gibt es mit Bildungszeiten bei Lohnfortzahlung, was man in Österreich unter Bildungskarenzenzeiten kennt. Wer sich weiterbilden will, um bei der Umstellung des Unternehmens auf klimaneutrale Produktion mitgestalten zu können, sollte keine Angst haben müssen auf dem Trockenen zu sitzen ohne finanzielle Sicherheiten. Auch das bedeutet Klimagerechtigkeit. Dazu braucht es Pilotstudiengänge an den Hochschulen und Modellprojekte an den Berufsbildungszentren, die durch eine neue Rolle in der Weiterbildung auch eine Stärkung erfahren können. Und das braucht es auch, weil neue Berufsbilder und -aufgaben die Arbeitswelt prägen werden. Die Studien- und Ausbildungsstandorte sind dazu der Schlüssel.
- **wir Thüringen zum sicheren Hafen in einer weltweiten Krise machen!** Der Klimawandel ist global. Folgen

dieses Wandels werden wir auch spüren, weil Menschen zu uns kommen, deren Heimat nicht mehr bewohnbar ist oder weil Wassermangel zu Konflikten und Gewalt führt. Wer also ernsthaft Fluchtursachen bekämpfen will, muss auch gute lokale wie globale Klimapolitik machen, um die Zukunft aller Menschen sicher zu gestalten. Und eine soziale Klimapolitik in Thüringen bedeutet auch, ein sicherer Hafen für Menschen auf der Flucht zu sein. Dazu braucht es Behörden, die Ankommen ermöglichen, statt bürokratische Hürden eines scheinbar unübersichtlichen Aufenthaltsrechtes zu verwalten. Landesaufnahmeprogramme werden eine wichtige Rolle spielen und müssen entsprechend mit Leben gefüllt werden, in dem Hürden abgesehen werden. Mit einem Landesamt für Migration, zum Bündeln der Aufgaben, machen wir einen ersten Schritt. Doch weitere wollen wir noch gehen, um Thüringen als offene Gesellschaft zu gestalten. Wir wollen, dass Menschen in Sicherheit hier ankommen können, eine Perspektive durch Ausbildung oder Beruf erhalten, um auf eigenen Beinen zu stehen und Nachbar*innen, Kolleg*innen oder Freund*innen werden zu können. Egal ob sie über ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz oder das Grundrecht auf Asyl zu uns gekommen sind. Um dies zu ermöglichen, bedarf es einer konsequenten, allumfassenden antirassistischen Politik. Nur gemeinsam können wir dann anpacken was vor uns liegt, um Thüringen sozial und klimagerecht zu gestalten.

Unsere gemeinsame Zukunft klimagerecht zu gestalten bedeutet für alle mehr Zeit, mehr Sicherheit, bessere Luft, gesunde Umwelt- und Lebensbedingungen, eine krisenfeste Landwirtschaft und damit günstige und stabile Lebensmittelpreise, eine bessere Gesundheitsversorgung und weniger Krankheiten. Eine soziale Klimapolitik stellt die Menschen und die Natur als Lebensgrundlage gleichermaßen in den Mittelpunkt und keine*r muss mehr Sorge haben, bei neuen Maßnahmen für eine klimaneutrale Zukunft vergessen oder allein gelassen zu werden. Wir alle könnten das Leben mehr genießen, wenn wir unsere Art zu leben, produzieren und den Alltag klimagerecht gestalten. Sprechen wir dabei von sozialer Klimapolitik in Thüringen, dann meinen wir eine Politik für die große Mehrheit der Bevölkerung. Und das machen wir mit all jenen, die in Vereinen, Betrieben, Initiativen oder Ortsgruppen Menschen zusammenbringen, Gemeinschaft stiften und Solidarität leben und klar sagen: „Geht nicht? Gibt's nicht!“ Denn soziale Klimapolitik ist die Zukunft für Thüringen.

Antrag A3-ÄA1: Änderungsantrag zu A3

Änderungsantrag zu A3

Antragsteller*in:	Sebastian Vogt
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 117

Netzwerke dazu haben wir in Thüringen.

Gleichzeitig wollen wir für die Betriebe Energiesicherheit zu bezahlbaren Preisen herstellen und uns möglichst unabhängig von Energieimporten machen. Dazu werden wir die nötigen Mengen an Windkraft und Solar ausbauen. Um die Schwankungen der Energieerzeugung auszugleichen, werden wir Tag/Nacht Speicher in Form von Batteriezellen und saisonaler Speicher in Form von Wasserstoffherzeugung und -speicherung ausbauen.

Da die Herstellung und der Transport von Wasserstoff mit hohen Energieverlusten behaftet ist, muss die Elektrifizierung von Prozessen Vorrang haben. Dies schützt die Verbraucher vor unnötigen erhöhten Kosten. Für die Bereiche, die Wasserstoff benötigen und eine echte Energiewende, muss es das Ziel sein, am Ende grünen Wasserstoff zu verwenden.

Antrag A3-ÄA2: Änderungsantrag zu A3

Änderungsantrag zu A3

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 50 - 51

Auf diesem Weg haben wir als LINKE mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident, in Regierungsverantwortung mit unseren Partner*innen im Parlament und außerhalb in den letzten Jahren erste Schritte unternommen. Vor 5 Jahren haben wir uns ein Klimagesetz in Thüringen gegeben, weil wir darum wissen, dass internationale Klimaziele als politischer Rahmen für unser Handeln genauso wie für die Entscheidungen der Landes- und Kommunalpolitik umgesetzt werden müssen. Als öffentliche Hand hat das Land dabei eine Vorbildfunktion. Das Infrastrukturministerium will die energetische Sanierung landeseigener Gebäude forcieren, um CO₂-Emissionen in großem Maße einzusparen. Bei

der Weiterentwicklung des Vergabegesetzes ~~ist uns~~ sind uns die Tarifbindung und die Erhöhung des Mindestlohns in

Richtung auf 14 Euro ebenso wichtig wie die Vergabe nach ökologischen Kriterien, weil

Soziales und Klimapolitik Hand in Hand gehen müssen. Gesundheits- und Umweltministerium haben zusammen die Arbeit an einem Hitzeaktionsplan begonnen und den Kommunen mit der so genannten „Hitzetoolbox“ einen wichtigen Werkzeugkasten an die Hand gegeben, weil es darum geht Menschen zu schützen, wenn Klimafolgen bereits zu spüren sind. Da wo Beschäftigte als letztes Glied in der Kette von weltweit agierenden Mutterkonzernen mit Entscheidungen aus der Chefetage leben und um ihre Jobs bangen müssen, unterstützen wir Gewerkschaften und die Betriebe mit einer Transformationsagentur und Technologieberatungsstelle, für die wir als LINKE gekämpft haben. Wir haben einen Vorschlag für ein Windenergiebeteiligungsgesetz auf den Weg gebracht, weil wir wollen, dass der Gewinn aus der Stromerzeugung nicht allein in den Kassen von Konzernen landen sollte, sondern dort ankommt, wo die Energie erzeugt wird. In Form von konkreten Investitionen aus Energiegewinnen in den kommunalen Kindergarten, die örtliche Bibliothek oder die Vereine schaffen wir Akzeptanz und verteilen Gewinne sozial gerecht. Als nächsten Schritt wollen wir eine Bürger*innenbeteiligung beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Zusammenarbeit mit den kommunalen Energieversorgern. Und mit unserem Einsatz für die Verwendung von Geldern aus dem Sondervermögen für nachhaltige Investitionen, haben wir einen ersten großen Schritt für mehr Tempo in der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft gemacht. Wir wollen die Geschwindigkeit und das Volumen von Investitionen in die klimagerechte Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung noch deutlich steigern, weil wir wissen, dass wir nur so neue Chancen für die Menschen und die Unternehmen entwickeln.

Antrag A3-ÄA3: Änderungsantrag zu A3

Änderungsantrag zu A3

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 23 - 25

Viele Menschen fühlen sich überfordert. Haben Angst und Sorgen, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Eine junge Generation hat vor Jahren begonnen, all das nicht mehr hinzunehmen und hat Angst davor keine Zukunft mehr zu haben, wenn der Planet einen Kipppunkt nach dem anderen überschreitet. Notwendige Veränderungen machen Menschen Angst, weil sie Sorge haben, mal wieder nicht gesehen und vergessen zu werden, weil sie sich einen Umstieg auf ein Elektroauto oder erneuerbare Energien nicht leisten können oder nicht wissen, ob ihr Arbeitsplatz im Zuliefererbetrieb in zwei Jahren noch gebraucht wird. Ältere sehen mit Sorge wie das, was sie aufgebaut haben, droht zu verschwinden. Sorgen, die die Hauptverursacher*innen der Krise nicht umtreiben, weil sie das notwendige Geld haben, um Veränderungen ohne persönliche Einschnitte einfach mitmachen zu können. Sorgen, die die Ampel-Koalition im Bund

nicht nimmt, weil sie sich nicht mit den ~~Verursacher*innen~~ Verursacher*innen der Krise anlegen will. Letztlich aber auch Sorgen, die von verschiedenen politischen Parteien und Lobbyisten bewusst und gezielt geschürt werden und die verfangen. Rechte und extrem Rechte nutzen diese Ängste, verstärken sie und eskalieren Konflikte. Verdrängung-oder, Abwehr-sind dann die Reaktionen. Dieses Gefühl der Überforderung wollen wir mit Zuversicht und Gerechtigkeit überwinden und sogar ausartende Wut sind Reaktionen, die sich zum Teil bereits in Hetze äußern. Diesen Gefühlen wollen wir durch sozial gerechtes Handeln entgegenwirken und den Menschen wieder Vertrauen in eine solidarische Zukunft geben. Aus dem Mut der jungen

Generation wollen wir Energie schöpfen und den Weg frei machen für eine klimagerechte Zukunft. Dieser Wandlungsprozess gelingt nur mit einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz. Es darf keinesfalls zu einem weiteren Umverteilungsschub von unten nach oben kommen. Als LINKE wollen wir die Energie- und Klimawende so organisieren, dass im Ergebnis echte Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in unserem Land überall gleich gut wirksam werden.

Antrag A4: Ein moderner Antifaschismus - Notwendigkeit in der Gegenwart aus historischer Verantwortung

Antragsteller*in:	Landessprecher*innenrat Linksjugend [‘solid] Thüringen
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein
Abstimmung	Ja: Mehrheit

In einer Zeit, in der Nationalismus und Rechtsextremismus nicht nur hier in Deutschland, sondern weltweit, Demokratien und demokratische Strukturen bedrohen, ist es eine unerlässliche Aufgabe, sich mit aller Kraft gegen diese Bestrebungen zu stellen.

Welche Gefahren und Auswirkungen nationalistische Interessen mit sich bringen, kann man in jedem Geschichtsbuch nachlesen. Dabei bedeutet Antifaschismus, nicht erst gegen den Faschismus zu kämpfen, wenn er da ist, sondern dafür zu kämpfen, den Faschismus zu verhindern. Deshalb muss das aktive Kämpfen gegen jegliche nationalistische Bestrebungen eine bedingungslose Leitlinie unseres Handelns sein.

Besonders gilt dies hier in Thüringen.

In einem Bundesland, in dem der deutsche Faschismus des 20. Jahrhunderts parlamentarischen Ausgangspunkt gefunden hat, muss es außer Frage stehen, tagtäglich gegen derartige Bestrebungen in der heutigen Zeit zu kämpfen.

In einem Bundesland, in dem die rechtsradikale AfD in Umfragen zuletzt über 30 Prozent erreichte, muss diese Zahl der letzte Punkt gewesen sein, um aufzuwachen und zu merken, dass uns damit das gleiche wie vor 93 Jahren bevorsteht.

In einem Bundesland, in dem die sogenannte „Brandmauer“ der CDU nach rechts nicht nur bröckelt, sondern schon längst nicht mehr steht, ist es unsere Pflicht, alles für uns Mögliche zu tun, dass diesen gemeinsamen Bestrebungen in unserer Gesellschaft kein weiterer Platz geboten wird.

In einem Bundesland, in dem es nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf Landesebene gang und gebe ist, dass CDU und AfD gemeinsame Sache machen, muss es das klare Ziel einer LINKEN sein, das stärkste Gegengewicht zu faschistischen und nationalistischen Interessen zu sein.

Die aktuelle Situation erfordert all unsere Kraft. Wir müssen uns mehr bilden, organisieren und bewegen, um wieder effektiv der rechten Landnahme eine demokratische und solidarische Alternative entgegenzusetzen. Die radikale Rechte baut seit Jahren vielerorts sich eigene Hegemonien auf und das leider erfolgreich. Die politische Linke wirkt oft angesichts dieser Situation mittlerweile unsichtbar. Wir müssen uns strategisch ausrichten, um eine Gegenhegemonie aufzubauen, eigene Narrative zu setzen und den öffentlichen Raum zurückzuholen.

Dafür braucht es mehr als zuvor thüringenweite Vernetzung, Koordination, gegenseitige Unterstützung und Solidarität innerhalb der Partei, um auf diese Bedingungen zu reagieren.

Wir müssen altbewährten Konzepten ein Update geben und Neues ausprobieren.

Mit Blick auf die kommenden Wahlen müssen wir entschlossen handeln und auch eine langfristige Strategie für die Jahre danach entwerfen, um die kommenden Herausforderungen innerhalb wie außerhalb zu bestehen.

Das bedeutet praktische Solidarität, Sozialberatungen, Organisation an Alltagsproblemen, niedrigschwellige kulturelle Angebote und Aufklärung darüber, wie konkret rechte Politik das Leben der Menschen verschlechtert. Dies müssen stärker die Eckpfeiler unseres Handelns sein.

Ein effektiver Antifaschismus bildet sich aus einer Kombination von Aufklärung, Aufbau einer Gegenhegemonie und praktischer Sozialpolitik.

Dafür müssen wir uns jetzt alle zusammen und geschlossen einsetzen.

Es reicht nicht länger aus, nur Symbolpolitik zu betreiben. Antifaschismus ist mehr als am 08. Mai einen Kranz niederzulegen. Antifaschismus bedeutet, als Partei, als Gesellschaft und als Einzelperson weiterhin laut zu sein. Wir müssen gerade jetzt eingreifen und aufschreien, wenn Rechte versuchen, die Gesellschaft zu spalten, Menschen gegeneinander aufzuhetzen und nationalistische Ressentiments wieder salonfähig zu machen. Sich in jeder Situation dageganzustellen, in der wir solche Grenzüberschreitungen bemerken, ist aktiver Antifaschismus.

Wir dürfen nicht darauf warten, dass andere das für uns übernehmen. Denn wenn wir es nicht tun, macht es niemand.

Antrag A4-ÄA1: Änderungsantrag zu A4

Änderungsantrag zu A4

Antragsteller*in:	Lothar Adler
Status:	verworfen (nicht zulässig)
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 46 - 52

~~Es reicht nicht länger aus, nur Symbolpolitik zu betreiben. Antifaschismus ist mehr als am 08. Mai einen Kranz niederzulegen. Antifaschismus bedeutet, als Partei, als Gesellschaft und als Einzelperson weiterhin laut zu sein. Wir müssen gerade jetzt eingreifen und aufschreien, wenn Rechte versuchen, die Gesellschaft zu spalten, Menschen gegeneinander aufzuhetzen und nationalistische Ressentiments wieder salonfähig zu machen. Sich in~~Antifaschismus hat heute ebenso wie in der Vergangenheit die Aufgabe, die Ursachen der Entstehung des Faschismus weiter zu erforschen und diese Erkenntnisse weit zu verbreiten, die Erinnerungen an die Verbrechen wach zu halten, des zu jeder~~Situation dagegenzustellen, in der wir solche~~Grenzüberschreitungen bemerken, ist aktiver AntifaschismusZeit geleisteten Widerstands gegen Nationalismus und Faschismus zu gedenken und sich unüberseh- und unüberhörbar allen Versuchen des Rechtsextremismus entgegenzustellen, Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft zu gewinnen oder auszuweiten.

Antrag A5: Barrierefreie Wohnungen

Antragsteller*in:	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Allgemein	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Enthaltung:	4

1. DIE LINKE.Thüringen setzt sich beim Wohnungsneubau für die Förderung eines generellen barrierefreien Neubaus ein. Dadurch ist die nachhaltige Nutzung bis ins hohe Alter möglich.
2. DIE LINKE.Thüringen setzt sich für die Förderung von barrierefreiem Umbau von DDR-Blöcken ein.

Antrag A6: Barrierefreiheit im öffentlichen Leben

Antragsteller*in:	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Allgemein	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Enthaltung:	1

1. DIE LINKE.Thüringen setzt sich für barrierefreien Tourismus ein. Die Fraktion im Thüringer Landtag wird beauftragt folgendes zu fordern:
 - Bei der touristischen Radwege-Planung sollen barrierefreie Toilettenanlagen bindend mitgeplant werden. Dies ist in einem Förderprogramm umzusetzen.
 - Der Um- und Neubau von barrierefreien Zimmern in Hotels, Pensionen und Ferienhäusern soll gezielt gefördert werden.
2. DIE LINKE.Thüringen setzt sich für barrierefreien Zugang zu Kultureinrichtungen ein. Die Fraktion im Thüringer Landtag wird beauftragt folgendes zu fordern:
 - In Förderprogrammen für barrierefreie Umbaumaßnahmen sollen auch die Betriebskosten für Barrierefreiheit einbezogen werden. Die Betriebskosten sind oft der Grund, warum keine Aufzüge realisiert werden können.
3. DIE LINKE.Thüringen setzt sich für barrierefreie Gaststätten und Einzelhandel ein. Die Fraktion im Thüringer Landtag wird beauftragt folgendes zu fordern:
 - Eine gesetzliche Regelung zu schaffen. In dieser sollen die kommunalen Ämter zur Prüfung verpflichtet werden. Sie sollen die Voraussetzungen prüfen, ob und welche Umbaumaßnahmen zur Barrierefreiheit umgesetzt werden können. Dafür soll ein geeignetes Förderprogramm aufgelegt werden. Die geförderten Umbaumaßnahmen sollen in einem bestimmten Zeitraum verpflichtend sein.
4. DIE LINKE.Thüringen setzt sich für Barrierefreiheit auf Bahnhöfen/Bahnsteigen ein. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand damit:
 - Den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zu bitten, sich für eine Änderung bei der Deutschen Bahn einzusetzen. Die Reparatur-Zeiten bei Aufzügen in Bahnhöfen ziehen sich teilweise über ein Jahr. Hier kam es bereits zu zahlreichen Verletzungen und Todesfällen. Diese Situation muss verbessert werden. Die Deutsche Bahn sollte daher einen eigenen Reparaturservice aufbauen.
5. DIE LINKE. Thüringen setzt sich für die Schulung von kommunalen Behindertenbeauftragten ein. Die Fraktion im Thüringer Landtag wird beauftragt folgendes zu fordern:
 - Die kommunalen Behindertenbeauftragten sollen zum Thema Barrierefreiheit gezielt geschult werden, da die Beauftragten barrierefreie Baumaßnahmen abzeichnen müssen.

Antrag A6-ÄA1: Änderungsantrag zu A6

Änderungsantrag zu A6

Antragsteller*in:	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 20 - 27

4. ~~DIE LINKE.Thüringen setzt sich für Barrierefreiheit auf Bahnhöfen/Bahnsteigen ein. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand damit:~~
 - ~~Den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zu bitten, sich für eine Änderung bei der Deutschen Bahn einzusetzen. Die Reparatur-Zeiten bei Aufzügen in Bahnhöfen ziehen sich teilweise über ein Jahr. Hier kam es bereits zu zahlreichen Verletzungen und Todesfällen. Diese Situation muss verbessert werden. Die Deutsche Bahn sollte daher einen eigenen Reparaturservice aufbauen.~~
4. DIE LINKE.Thüringen setzt sich für Barrierefreiheit auf Bahnhöfen/Bahnsteigen ein. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand damit:
 - Den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zu bitten, sich für eine Änderung bei der Deutschen Bahn einzusetzen. Die Reparatur-Zeiten bei Aufzügen in Bahnhöfen ziehen sich teilweise über ein Jahr. Hier kam es bereits zu zahlreichen Verletzungen und Todesfällen. Diese Situation muss verbessert werden. Die Deutsche Bahn sollte daher einen eigenen Reparaturservice aufbauen.
5. DIE LINKE. Thüringen setzt sich für die Schulung von kommunalen Behindertenbeauftragten ein. Die Fraktion im Thüringer Landtag wird beauftragt folgendes zu fordern:
 - Die kommunalen Behindertenbeauftragten sollen zum Thema Barrierefreiheit gezielt geschult werden, da die Beauftragten barrierefreie Baumaßnahmen abzeichnen müssen.

Antrag A7: Schutz vor Diskriminierungen

Antragsteller*in:	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Allgemein	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	0
	Enthaltung:	0

DIE LINKE.Thüringen setzt sich für Diskriminierungsschutz ein.

1. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand damit

- Sich intensiv mit dem Thema Diskriminierung auseinander zu setzen.
- Beim Parteivorstand eine(n) Antidiskriminierungs-Beauftragte(n) für die Bundespartei zu fordern. Dieser darf nicht im Interessenkonflikt stehen.
- Den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zu bitten, sich für die Verbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auszusprechen.
- Gemeldete Diskriminierungen sofort an den noch zu benennenden Antidiskriminierungs-Beauftragten der Bundespartei weiterzuleiten. Diese sind streng vertraulich zu behandeln.

2. Als Landesarbeitsgemeinschaft fordern wir insbesondere die Diskriminierungsformen zu erweitern.

Diskriminierungsformen besagen ‚Wie werde ich diskriminiert?‘. Hier geht es um die Forderungen diese folgendermaßen zu erweitern: ‚Versagung von ‚angemessenen Vorkehrungen‘ und der ‚Barrierefreiheit‘ als Form von Diskriminierung definieren“ und „Schutz vor sexueller Belästigung auch im Zivilrechtsverkehr sicherstellen“. Deshalb fordern wir die Umsetzung von Abschnitt V in der Stellungnahme des Bündnis AGG-Reform. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand damit

- Den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zu bitten, sich für die Erweiterung der Diskriminierungsformen einzusetzen. (Siehe Abschnitt V https://agg-reform.jetzt/wp-content/uploads/2023/02/2023-02-01_Stellungnahme_Buendnis.pdf)

Antrag A7-ÄA1: Änderungsantrag zu A7

Änderungsantrag zu A7

Antragsteller*in:	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 12

Diskriminierungsformen zu erweitern. Diskriminierungsformen besagen ‚Wie werde ich diskriminiert?‘. Hier geht es um die Forderungen diese folgendermaßen zu erweitern: „Versagung von ‚angemessenen Vorkehrungen‘ und der ‚Barrierefreiheit‘ als Form von Diskriminierung definieren“ und „Schutz vor sexueller Belästigung auch im Zivilrechtsverkehr sicherstellen“. Deshalb fordern wir die Umsetzung von

Antrag A8: Rettet die Schwimmbäder

Antragsteller*in:	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Allgemein	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	0
	Enthaltung:	0

:

„Schwimmbäder zu erhalten, ist ein Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft.“

DIE LINKE.Thüringen unterstützt die Forderung der Partei-Vorsitzenden. Schwimmbäder müssen erhalten bleiben. Für alle Kinder sollte der Eintritt kostenfrei sein.

„Denn alle Kinder verdienen die gleiche Chance und es muss sichergestellt werden, dass alle Kinder schwimmen können!“ So heißt es auf der Seite der Linken unter „Rettet die Schwimmbäder SOS-Seepferdchen“ <https://www.die-linke.de/mitmachen/kampagnen/umsteuern/sos-seepferdchen/>

Deshalb fordern wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention (UNBRK). Die Schwimmbäder müssen barrierefrei ausgestaltet werden. Nur so können alle Kinder gleichberechtigt teilnehmen.

UN-Behindertenrechts-Konvention Artikel 30 Absatz 5d:

Mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilnahme an Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen,

um sicherzustellen, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern an Spiel-, Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten teilnehmen können, einschließlich im schulischen Bereich;

Wir stellen daher folgende Forderungen an die Landesregierung:

- Kostenfreien Eintritt für alle Kinder in Schwimmbäder,
- Barrierefreie Ausgestaltung aller Schwimmbäder,
- Flächendeckendes Angebot an Schwimmbädern, um Schwimmunterricht an allen Grundschulen gewährleisten zu können.

Hierfür sind Fördermittel bereitzustellen.

Antrag A8-ÄÄ1: Ersetzungsantrag zu A8

Änderungsantrag zu A8

Antragsteller*in:	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 1 - 3

~~„Schwimmbäder zu erhalten, ist ein Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft.“ DIE LINKE.Thüringen unterstützt die Forderung der Partei-Vorsitzenden. Schwimmbäder müssen erhalten bleiben. Für alle Kinder sollte der Eintritt kostenfrei sein.~~

Zeile 4 - 6

~~„Denn alle Kinder verdienen die gleiche Chance und es muss sichergestellt werden, dass alle Kinder schwimmen können!“ So heißt es auf der Seite der Linken unter „SOS-Seepferdchen“~~

Zeile 7 - 9

~~Deshalb fordern wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention (UNBRK). Die Schwimmbäder müssen barrierefrei ausgestaltet werden. Nur so können alle Kinder gleichberechtigt teilnehmen.~~

Zeile 10 - 15

~~UN-Behindertenrechts-Konvention Artikel 30 Absatz 5d:~~

~~Mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilnahme an Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern an Spiel-, Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten teilnehmen können, einschließlich im schulischen Bereich;~~

Zeile 16

~~Wir stellen daher folgende Forderungen an die Landesregierung:~~

Zeile 17

- ~~• Kostenfreien Eintritt für alle Kinder in Schwimmbäder~~

Zeile 18

- ~~• Barrierefreie Ausgestaltung aller Schwimmbäder~~

Zeile 19

~~Hierfür sind Fördermittel bereitzustellen.~~

„Schwimmbäder zu erhalten, ist ein Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft.“

DIE LINKE.Thüringen unterstützt die Forderung der Partei-Vorsitzenden. Schwimmbäder müssen erhalten

bleiben. Für alle Kinder sollte der Eintritt kostenfrei sein.

„Denn alle Kinder verdienen die gleiche Chance und es muss sichergestellt werden, dass alle Kinder schwimmen können!“ So heißt es auf der Seite der Linken unter „Rettet die Schwimmbäder SOS-Seepferdchen“ <https://www.die-linke.de/mitmachen/kampagnen/umsteuern/sos-seepferdchen/>

Deshalb fordern wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention (UNBRK). Die Schwimmbäder müssen barrierefrei ausgestattet werden. Nur so können alle Kinder gleichberechtigt teilnehmen.

UN-Behindertenrechts-Konvention Artikel 30 Absatz 5d:

Mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilnahme an Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen,

um sicherzustellen, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern an Spiel-, Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten teilnehmen können, einschließlich im schulischen Bereich;

Wir stellen daher folgende Forderungen an die Landesregierung:

- Kostenfreien Eintritt für alle Kinder in Schwimmbäder,
- Barrierefreie Ausgestaltung aller Schwimmbäder,
- Flächendeckendes Angebot an Schwimmbädern, um Schwimmunterricht an allen Grundschulen gewährleisten zu können.

Hierfür sind Fördermittel bereitzustellen.

Antrag A9: Keine Rendite mit der Miete

Antragsteller*in:	Julian Degen, Ute Lukasch, Anja Müller, Mathias Günther, Sabine Günther, LAG Seniorenpolitik	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Allgemein	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	0
	Enthaltung:	0

Thüringen orientiert sich an den Zielen des gemeinnützigen Wohnungsbaus um bezahlbare Wohnungen für breite Teile der Bevölkerung, egal ob in der Stadt oder auf dem Land, zu schaffen.

Zur Unterstützung der Kommunen beim sozialen Wohnungsbau und bei der Sanierung des Bestandes prüft das Land verschiedene Möglichkeiten.

So zum Beispiel die Errichtung einer Landeswohnungsbaugesellschaft, die Zusammenlegung kleinerer Wohnungsbauunternehmen zu regionalen Wohnungsbau-Clustern, einen Schuldenschnitt bzw.-erlass für kommunale und nichtgewinnorientierte Wohnungsunternehmungen zu Gunsten der energetischen Sanierung und dies prinzipiell barrierefrei.

Antrag A9-ÄA1: Ersetzungsantrag zu A9

Änderungsantrag zu A9

Antragsteller*in:	Julian Degen, Ute Lukasch, Anja Müller, Mathias Günther, Sabine Günther, LAG Seniorenpolitik
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 1 - 28

~~Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. In den wachsenden Regionen ist der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum groß. Hinzu kommen immer mehr ältere Menschen in ganz Thüringen, die barrierefreien und preiswerten Wohnraum benötigen. Im ländlichen Raum gibt es in den Dorfkernen eine Vielzahl an leerstehendem und/oder sanierungsbedürftigem Wohnraum. Die Landesregierung fördert eine lebendige Stadt- und Dorfentwicklung und Wohnquartiere mit einer guten sozialen Mischung – ebenso wie eine vielfältige und bedarfsgerechte Infrastruktur. Dazu braucht es eine neue Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene und ausreichend bezahlbare Wohnungen für alle Menschen. Gemeinnütziger Wohnungsbau ist nicht gewinnorientiert, sondern auf die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ausgerichtet. DIE LINKE. Thüringen orientiert sich an den Zielen des gemeinnützigen Wohnungsbaus: bezahlbare Wohnungen für breite Teile der Bevölkerung, egal ob in der Stadt oder auf dem Land, zu schaffen. Wir greifen dazu auf alle Instrumente zurück, die der Landesregierung zur Verfügung stehen, um die Kommunen hierbei zu unterstützen. Neben einer notwendigen Mietpreisbremse könnte weiterhin über genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbau sowie den sozialen Wohnungsbau Einfluss auf Mietpreise genommen werden. Durch den umfangreichen Bedarf an der notwendigen energetischen Sanierung vieler Wohnräume steigt der Druck auf die Mieten weiter an. Um auch deshalb steigende Kosten für Wohnraum zu verhindern, bedarf es der Abschaffung der Modernisierungumlage, damit die Kosten für die notwendige energetische Sanierung nicht auf die Mieter:innen umgelegt werden kann. Denn für DIE LINKE. Thüringen ist klar, dass es eine energetische Transformation des Wohnungsbestandes braucht, sie aber sozialverträglich sein muss. Zur Unterstützung der Kommunen beim sozialen Wohnungsbau und bei der Sanierung des Bestandes prüft das Land verschiedene Möglichkeiten. So zum Beispiel die Errichtung einer Landeswohnungsbaugesellschaft, die Zusammenlegung kleinerer Wohnungsbauunternehmen zu regionalen Wohnungsbau-Clustern, einen Schuldenschnitt bzw. -erlass für kommunale und nichtgewinnorientierte Wohnungsunternehmungen zu Gunsten der energetischen Sanierung~~

Thüringen orientiert sich an den Zielen des gemeinnützigen Wohnungsbaus um bezahlbare Wohnungen für breite Teile der Bevölkerung, egal ob in der Stadt oder auf dem Land, zu schaffen.

Zur Unterstützung der Kommunen beim sozialen Wohnungsbau und bei der Sanierung des Bestandes prüft das Land verschiedene Möglichkeiten.

So zum Beispiel die Errichtung einer Landeswohnungsbaugesellschaft, die Zusammenlegung kleinerer Wohnungsbauunternehmen zu regionalen Wohnungsbau-Clustern, einen Schuldenschnitt bzw. -erlass für kommunale und nichtgewinnorientierte Wohnungsunternehmungen zu Gunsten der energetischen Sanierung und dies prinzipiell barrierefrei.

Antrag A10: Quereinsteiger unkomplizierter als Lehrer qualifizieren

Antragsteller*in:	Sonja Ruschke, Sebastian Bach
Status:	zurückgezogen
Antragsblock:	Allgemein

Thüringen mangelt es nach wie vor an Lehrkräften und die anstehende Welle von altgedienten Lehrer*innen, die bald in den Ruhestand gehen, wird die Lage weiter verschärfen. Es werden zwar inzwischen auch zunehmend Quereinsteiger*innen eingestellt, doch ohne pädagogische Nachqualifizierung bleibt dieser Weg versperrt. DIE LINKE sollte daher alles daran setzen, weitere Quereinsteiger, die den Lehrerberuf gerne ausüben würden, aber nicht dürfen, entsprechend zu qualifizieren und die dafür nötige pädagogische Grundausbildung zu finanzieren.

Antrag A11: Radwegenetz ausbauen

Antragsteller*in:	Sonja Ruschke, Sebastian Bach	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Allgemein	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	0
	Enthaltung:	1

Um die Verkehrswende voranzutreiben, muss nicht nur der ÖPNV ausgebaut werden, sondern auch das Radwegenetz. Fahrradfahren ist mit Abstand die umwelt- und klimafreundlichste Fortbewegungsweise. Um diese uneingeschränkt nutzen zu können, muss jedoch gewährleistet werden, dass man überall sicher mit dem Rad hinfahren kann, egal ob in der Stadt oder über Land.

Aktuell beträgt das Thüringer Radwegenetz prozentual zur Landstraße 6,6%. Innerhalb der nächsten 5 Jahre sollte dieser Prozentsatz nach Möglichkeit verdoppelt, mindestens aber auf 10% angehoben werden. Der Ausbau muss dabei mit den Kommunalebene abgesprachen werden. Während finanzstarke Kommunen einen eigenen Beitrag zum Ausbau des Radwegenetzes leisten können, sind arme Kommunen vom Land Thüringen zu unterstützen.

Die Kapazitäten der Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im ÖPNV müssen ebenfalls ausgebaut werden. Aufgrund eines steigenden Bedarfs sind zentrale Abstellmöglichkeiten, wie zum Beispiel in der Nähe von Bahnhöfen, auszubauen. Konzepte, wie Fahrradparkhäuser sind je nach kommunalen Gegebenheiten in die Planung einzubinden.

Antrag A11-ÄA1: Änderungsantrag zu A11

Änderungsantrag zu A11

Antragsteller*in:	Sonja Ruschke, Sebastian Bach, Florian Demmler	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Allgemein	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	0
	Enthaltung:	1

Zeile 5

Um die Verkehrswende voranzutreiben, muss nicht nur der ÖPNV ausgebaut werden, sondern auch das Radwegenetz. Fahrradfahren ist mit Abstand die umwelt- und klimafreundlichste Fortbewegungsweise. Um diese uneingeschränkt nutzen zu können, muss jedoch gewährleistet werden, dass man überall sicher mit dem Rad hinfahren kann,

egal ob in der Stadt oder über Land.

Aktuell beträgt das Thüringer Radwegenetz prozentual zur Landstraße 6,6%. Innerhalb der nächsten 5 Jahre sollte dieser Prozentsatz nach Möglichkeit verdoppelt, mindestens aber auf 10% angehoben werden. Der Ausbau muss dabei mit den Kommunalebene abgesprachen werden. Während finanzstarke Kommunen einen eigenen Beitrag zum Ausbau des Radwegenetzes leisten können, sind arme Kommunen vom Land Thüringen zu unterstützen.

Die Kapazitäten der Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im ÖPNV müssen ebenfalls ausgebaut werden. Aufgrund eines steigenden Bedarfs sind zentrale Abstellmöglichkeiten, wie zum Beispiel in der Nähe von Bahnhöfen, auszubauen. Konzepte, wie Fahrradparkhäuser sind je nach kommunalen Gegebenheiten in die Planung einzubinden.

Antrag A12: Werkstätten für Menschen mit Behinderung

Antragsteller*in:	LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein
Abstimmung	Ja: Mehrheit Nein: 0

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, in der Teilhabekommission eine Änderung der aktuell im Landesrahmenvertrag des Freistaates Thüringen nach § 131 Abs. 1 SGB IX vom 01.06.2019 (LRV 2019) geltenden Regelung zur sogenannten „vorübergehenden Abwesenheit“ (Abwesenheitsregelung) zu initiieren. Das Ziel der Änderung soll sein, dass die Erbringer von Leistungen der Eingliederungshilfe eine deutlich höhere Vergütung von Abwesenheitstagen der Klienten erhalten.

Eine Änderung könnte zum Beispiel für Werkstätten so aussehen, wie im Landesrahmenvertrag von Sachsen-Anhalt:

Bis zum 60. Tag den vollen Tagessatz. Ab dem 61. Tag 50 % des normalen Tagessatzes.

Für Beschäftigte mit 5 Tagen Zusatzurlaub wegen einer Schwerbehinderung beginnt die Kürzung des Tagessatzes erst ab dem 66. Tag.

Die Abwesenheitsregelungen für die anderen im LRV 2019 geregelten Leistungsangebote (z.B. Tagesstätten und Wohneinrichtungen) und insbesondere auch für Integrationsplätze in integrativen KiTas sollen mit derselben Zielsetzung neu verhandelt werden. Die Neuverhandlungen sollen explizit nicht auf das Ende des Übergangszeitraums nach § 14 verschoben werden, das kürzlich auf Ende 2026 verlegt wurde, sondern möglichst zeitnah geschehen.

Antrag A13: Digitalisierung als grundlegender Bestandteil eines zukunftsfähigen Unterrichts

Antragsteller*in:	Kreisverband Hildburghausen	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Allgemein	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	0
	Enthaltung:	3

Die Schulen in Thüringen sind noch nicht ausreichend für das digitale Zeitalter gerüstet. Dies betrifft nicht nur die Lehrmethoden und Unterrichtsinhalte, sondern auch die technische Ausstattung.

Die Erfahrungen während der Corona-Pandemie haben deutlich gezeigt, dass erhebliche Defizite in Bezug auf technische Ausstattung und pädagogisch Umsetzung bestehen. Unsere Schüler:innen werden in ihrem zukünftigen Arbeits- und Privatleben zwangsläufig mit der fortschreitenden Digitalisierung der Gesellschaft konfrontiert sein. Die Schule bereitet sie jedoch nicht ausreichend darauf vor – interaktive Tafeln und WLAN an Schulen allein reichen nicht aus. Und auch die vorgelegte neue Thüringer Schulordnung und das angestrebte neue Schulgesetz tragen der Digitalisierung nur unzureichend Rechnung.

Digitale Lernplattform ausbauen

Lehrkräfte sollen die Möglichkeit haben, Schüler:innen digital mit Aufgaben und Lernmaterial zu erreichen. Um gute digitale Unterrichtsangebote zu ermöglichen, muss eine solche Lernplattform über die bisherigen Funktionen der Thüringer Schulcloud hinausgehen. Das Einstellen von Aufgaben für einzelne Klassen und Kurse reicht nicht aus. Eine Möglichkeit zur Bereitstellung von On-Demand Videos muss ebenso zentraler Bestandteil sein wie Live-Stream-Angebote mit Aufzeichnungsfunktion.

Außerdem könnten digitale Abstimmungstools, Foren und ähnliche Interaktionsmöglichkeiten anonyme Möglichkeiten schaffen, Feedback zum Unterricht zu geben. Dies kann hilfreich sein, um Fragen der Schüler:innen zu klären, die sich dies sonst nicht trauen würden.

Digitale Tests könnten helfen, Wissenslücken der Schülerinnen und Schüler automatisiert zu erkennen und einen individualisierten Unterricht zu ermöglichen. Natürlich kann eine Lernplattform die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern nicht ersetzen. Sie kann aber entlasten und Raum für persönliche Betreuung der Schüler:innen schaffen.

Neben von Lehrkräften individuell für ihre Klassen erstellten Angeboten soll die Plattform qualitativ hochwertige Angebote entsprechend dem Lehrplan zur Verfügung stellen, auf die Lehrkräfte und Schüler:innen jederzeit zugreifen können. So kann auch in Zeiten hohen Unterrichtsausfalls ein Lernfortschritt erzielt werden. Darauf kann später aufgebaut werden.

Digitale Bildung auch für Lehrkräfte

Lehrkräfte müssen im Umgang mit digitalen Medien geschult werden. Ihnen muss vermittelt werden, wie eine sinnvolle Einbindung in den Unterricht aussehen kann. Eine grundlegende Technikausbildung sollte Teil der Lehramtsausbildung sein, um den Unterricht zeitgemäß gestalten zu können.

Fest steht: Lehrer:innen können nicht zu digitalen Unterrichtsmethoden gezwungen werden. Vielmehr müssen ihnen deren Vorteile aufgezeigt werden. Nur so kann ein Unterricht gelingen, in dem analoge und digitale Unterrichtsformen eine Gesamtheit bilden. Damit kann Unterricht mit den Anforderungen des realen Lebens Schritt halten kann.

Lernmittelfreiheit konsequent umsetzen

Die kostenfreie Bereitstellung von Endgeräten wie Laptops oder Tablets für Schülerinnen und Schüler ist entscheidend. So kann auch in Zeiten der Digitalisierung Bildungsgerechtigkeit gewährleistet und diese sogar weiter gestärkt werden. An keiner Stelle dürfen dabei zu erwartende Kosten Einfluss auf die Entscheidung für oder gegen einen Bildungsweg haben.

Digitale Infrastruktur ist Grundvoraussetzung

Die IT-Infrastruktur an Schulen muss ebenfalls verbessert werden. Das darf nicht Aufgabe der Schulen sein, um diese noch weiter zu belasten. Professionelle Betreuung und eine Anbindung ans Glasfasernetz sind selbstverständliche Grundlagen, um eine reibungslose Nutzung digitaler Ressourcen zu ermöglichen. Dazu gehören neben WLAN, das jedes Klassenzimmer und jeden Freizeitraum erreicht, auch Datenbanksysteme und die entsprechenden Sicherheitssysteme, wobei insbesondere auf Datenschutz geachtet werden muss.

Notwendige Fähigkeiten wandeln sich

Grundlagen im Programmieren sind inzwischen wichtiger Teil vieler Berufe. Insbesondere ist das Programmieren mittlerweile Bestandteil aller Studiengänge, die auch nur im Entferntesten etwas mit Naturwissenschaften oder wirtschaftlichen Disziplinen zu tun haben. Den Platz, den Informatik in der Schule, ist daran gemessen zu gering. Soft-Skills wie Medienkompetenz müssen weiter fächerübergreifend vermittelt werden. Solche Inhalte können schon im Grundschulalter spielerisch gelehrt werden, sodass eine Einarbeitung in den Grundschullehrplan empfehlenswert ist.

Schüler:innen nicht überfordern

Die Möglichkeit, den Lernenden auch außerhalb des Unterrichts Lernstoff zur Verfügung zu stellen, darf nicht dazu führen, dass sich der ohnehin schon vollgepackte Stundenplan noch auf die Freizeit ausbreitet. Lehrkräfte sollten diese Möglichkeiten nicht als zusätzliches Angebot zu den bisher praktizierten Unterrichtsmethoden verstehen. Insbesondere Kinder, die eventuell Probleme mit eigenständiger Arbeitsweise oder digitalen Geräten haben, laufen Gefahr, erheblichen Mehraufwand zu haben.

Hier zeigt sich, worin die große Herausforderung des Themas besteht: Funktioniert ein Zahnrad des Getriebes aus Lerninhalten, Software, Hardware und pädagogischer Begleitung nicht, droht die notwendige Digitalisierung des Bildungswesens zu scheitern. Sie muss daher im Zusammenhang gedacht und umgesetzt werden.

Antrag A14: Der soziale Freistaat

Antragsteller*in:	Ulrike Grosse-Röthig, Helmut Holter, Mandy Eißing, Michaele Sojka, Gabi Ohler, Frank Schenker, Katja Seiler, Jana Prochnow, Nicole Grießbach, Birgit Pommer, Jasmin Hoffmann, René Kolditz, Lilly Schwarzer, Gudrun Wolfram, Jens Thomas, Philipp Müller
Status:	zurückgezogen
Antragsblock:	Allgemein

Wir entwickeln Thüringen fort zu einem modernen Sozialstaat, in dem Familien, Jüngere und Ältere, die Thüringerinnen und Thüringer alles vorfinden, was sie für ein sicheres, geborgenes und zukunftsfestes Leben benötigen.

Wir wollen, dass die Bildungsinfrastruktur zur Gemeinschaftsaufgabe zwischen Bund und Ländern wird.

Das alles machen wir, weil wir eine große „Thüringer Familie“ sind. Und Familien halten zusammen. Wir tragen dazu bei, was wir können. Für Kinder und Jugendliche, die neugierig ihren Weg gehen wollen; für Azubis und Ausbilder, für Studierende und Lehrende, die Thüringen stark machen; für Lehrerinnen und Betreuer, unsere Thüringer Zukunftsexpertinnen, für die Familien, die Eltern und Großeltern, ohne die in unserem Thüringen nichts laufen würde, die sich kümmern, die anpacken, die zusammenhalten. Für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die oft erste Ansprechpartner in Nöten aller Art, nicht nur für Heranwachsende sind. Und die es verdient haben, dass wir uns politisch auch jeden Tag reinhängen, wie sie es für uns tun, für die „Thüringer Familie“, für die Zukunft unserer Kinder, für das Land.

Niemand sagt, dass das einfach ist. Aber die „Thüringer Familie“ kann sich darauf verlassen, dass wir alles geben, um unseren Beitrag zu leisten. Seit fast zehn Jahren, haben wir als Zuhörer, als Partner, als Wegfreimacher für die „Thüringer Familie“ schon eine Menge erreicht. Im frühkindlichen Bereich haben wir zwei beitragsfreie Kindergartenjahre umgesetzt und über eine Erhöhung der Betreuungsschlüssel mehr Erzieherinnen und Erzieher die Kindergärten gebracht. Um die Nachwuchsgewinnung für den ErzieherInnenberuf zu verbessern, haben wir die aus Baden-Württemberg stammende praxisorientierte Ausbildung auch in Thüringen eingeführt. Im schulischen Bereich haben wir den Schulhort wieder an die Grundschulen zurückgeführt, die Beschäftigungsanteile der Hortnerinnen und Hortner angehoben, das Einkommen für Grund- und Regelschullehrer an das der Gymnasiallehrer angeglichen, die Personalabbaupläne der CDU für den Bildungsbereich ausgesetzt und stattdessen die Zahl der Lehrkräfte erhöht. Wir haben Verwaltungsassistenzen an den Schulen möglich gemacht, damit sich Lehrerinnen und Lehrer wieder auf Bildung konzentrieren können.

Auf die Auswirkungen der Pandemie und des Russland-Ukraine-Krieges haben wir mit Abmilderungsregelungen, Energiezuschüssen und Entlastungsmaßnahmen reagiert und so zur Bewältigung der Folgen beigetragen.

Das machen wir nicht nur für Bilanzbroschüren, sondern das machen wir, weil Familien zusammenhalten. Die Eltern, die den Laden im Alltag schmeißen; die Lehrerin, die für Zukunft sorgt, der Schüler, der nicht nur paukt, sondern im Verein engagiert ist, die Schülerin, die Kurse für das Seepferdchen beim DLRG gibt und die schon jetzt so viel zurückgeben, die Auszubildende, die unsere Wirtschaft stärker macht, der Busfahrer, der dafür sorgt, dass beim Klingelzeichen alle da sind, die Köchin, die täglich den Treibstoff für die neugierigen Köpfe zubereitet, die Oma, die bei den Hausaufgaben hilft und alle anderen, die Thüringen stark und lebenswert machen - für die machen wir das.

Das reicht uns noch nicht aus, wir sind noch auf dem Weg. Wir wollen einen Sozialstaat im Thüringer Modell.

Linke Politik ist nicht nur die Kunst des Möglichen. Zur linken Politik gehören auch die großen Visionen. Was wir machen, machen wir ja auch, weil wir wissen, dass es hinterm Horizont weitergeht. Immer weiter Richtung bessere Welt, sichere Zukunft. Das treibt uns an. Weil wir wissen, wenn wir für Sicherheit im Wandel sorgen, dass Veränderung auch ein Versprechen ist, in dem Hoffnung liegt.

Bodo, unser Ministerpräsident, hat für den Bildungsbereich unseren Grundsatz so formuliert: »Bildung und Betreuung müssen beitragsfrei sein. Vom Kindergarten bis zum Meister oder Master.« Wir haben noch viel vor.

Aufbauend auf dem, was wir für die „Thüringer Familie“ schon beitragen durften, wollen wir eine echte Kindergrundsicherung. Darunter verstehen wir eine echte Lernmittelfreiheit, egal ob Tablet oder Schulbuch, egal ob Arbeitsheft oder Taschenrechner.

Darunter verstehen wir die kostenfreie Nutzung von Bus und Regionalbahn, damit der Weg zum Freibad nicht zum Problem wird. Darunter verstehen wir ein kostenfreies Mittagessen für jedes Kind im Land, denn viel zu viele Kinder müssen aus Kostengründen darauf verzichten.

Darunter verstehen wir kostenfreie Ferienangebote, die Familien entlasten und Horizonte erweitern. Darunter verstehen wir auch, dass vom Kindergarten bis zum Meister oder Master eben keine Gebühren anfallen. Das Geld wird in den Familien nötig gebraucht, um den immer teurer werdenden Alltag zu finanzieren.

Gute Bildung ist für uns mehr als ein dreistufiges Schulsystem

Gute Bildung findet an einem Ort statt, an dem sich alle wohlfühlen und in einem System, in dem nicht bereits in der Mitte des 4. Schuljahres über die Zukunft eines Kindes entschieden wird.

Gute Bildung ist für uns nicht nur eine Floskel, sondern soll sich auch in immer mehr Schulgebäuden widerspiegeln, die den Ansprüchen von heute entsprechen.

Schule ist für uns eine Gemeinschaftsaufgabe, an deren Kosten sich auch der Bund beteiligen muss. Moderne Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Kurzfristige Programme und Finanzhilfen des Bundes sind dafür der falsche Weg. Gerade Bundesländer wie Thüringen, die noch immer finanziell nicht mit den wirtschaftsstarken West-

Bundesländern mithalten können, brauchen eine dauerhafte und verlässliche Mitverantwortung des Bundes bei der Finanzierung von Schulbauten und anderen Infrastrukturen im Bildungsbereich.

Bürokratische Monster wie der Digitalpakt Schule können nicht die Lösung sein.

Wir wollen, dass im Grundgesetz als primäre Gemeinschaftsaufgabe die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur in den Artikel 91a Abs.1 GG eingefügt wird, denn für uns stehen Bildung und Zukunft an erster Stelle.

Antrag A14-ÄÄ1: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

Antragsteller*in:	Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller
Status:	zurückgezogen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 64

~~Gute Bildung ist für uns mehr als ein dreistufiges Schulsystem~~

Zeile 65 - 67

~~Gute Bildung findet an einem Ort statt, an dem sich alle wohlfühlen und in einem System, in dem nicht bereits in der Mitte des 4. Schuljahres über die Zukunft eines Kindes entschieden wird.~~

Gute Bildung bedeutet für uns junge Menschen umfassend und bedarfsorientiert auf die Herausforderungen des zukünftigen Lebens vorzubereiten und ihnen Kompetenzen für ihr Leben an die Hand zu geben. Gute Bildung ist die Grundlage einer guten Zukunft. Dabei steht uns als Gesellschaft die frühe Selektion in der Mitte der 4. Klasse in vermeintlich leistungsstarke und leistungsschwache Menschen durch das dreigliedrige Schulsystem im Weg. Wir wollen dieses überwinden und stattdessen längeres gemeinsames Lernen durch flächendeckende Gemeinschaftsschulen bis zur 10. Klasse realisieren.

Antrag A14-ÄÄ2: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

Antragsteller*in:	Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller
Status:	zurückgezogen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 68 - 69

~~Gute Bildung ist für uns nicht nur eine Floskel, sondern soll sich auch in immer mehr Schulgebäuden widerspiegeln, die den Ansprüchen von heute entsprechen.~~

Gute Bildung kann nur an Orten stattfinden, die ausreichend mit gut geschultem pädagogischem Personal, moderner Ausstattung und mit einer kind- und jugendgerechten Umgebung bestückt sind. Dabei sehen wir uns immer noch massiven Problemen gegenüber. Die Ausbildung des zukünftigen Lehrpersonals muss überholt und stärker an den pädagogischen Bedarfen der Schüler*innen ausgerichtet, sowie attraktiver für Studierende und Seiteneinsteiger*innen gestaltet werden.

Immer noch muss eine große Anzahl an Schulgebäuden saniert und an die jeweiligen Bedingungen angepasst werden. Dabei geht es nicht nur um Digitalisierung, sondern ebenso darum Lebens- und Lernorte zu schaffen, an denen sich Kinder entfalten und auf ihre Stärken und Schwächen eingegangen werden kann.

Antrag A14-ÄÄ3: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

Antragsteller*in:	Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller
Status:	zurückgezogen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 69

Gute Bildung ist für uns nicht nur eine Floskel, sondern soll sich auch in immer mehr Schulgebäuden widerspiegeln, die den Ansprüchen von heute entsprechen.

Unserer Überzeugung nach sollte die Polytechnische Ausbildung wieder eine stärkere Rolle einnehmen. Menschen mit umfassendem Wissen über technische Zusammenhänge können die Welt von heute in ihren Grundzügen besser begreifen. Gleichzeitig wollen wir auf eine zunehmende Entschlackung der Lehrpläne hinwirken, um sich intensiver entwicklungsrelevanten Themen widmen zu können. Dabei wollen wir den Anteil von begleitendem sozialpädagogischen Personal erhöhen und schrittweise die Klassengröße überall auf maximal 20 Kinder reduzieren.

Antrag A14-ÄA4: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

Antragsteller*in:	Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller
Status:	zurückgezogen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 69

Gute Bildung ist für uns nicht nur eine Floskel, sondern soll sich auch in immer mehr Schulgebäuden widerspiegeln, die den Ansprüchen von heute entsprechen.

Wir wollen eine Schule als Ort der Demokratie. Dies meint nicht nur den Ausbau politischer Bildung im Lehrplan (auch bereits in jüngeren Jahrgängen), sondern ebenso die Demokratisierung der Strukturen und des Zusammenlebens an den Schulen.

Antrag A14-ÄÄ5: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

Antragsteller*in:	Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller
Status:	zurückgezogen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 70 - 77

~~Schule ist für uns eine Gemeinschaftsaufgabe, an deren Kosten sich auch der Bund beteiligen muss. Moderne Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Kurzfristige Programme und Finanzhilfen des Bundes sind dafür der falsche Weg. Gerade Bundesländer wie Thüringen, die noch immer finanziell nicht mit den wirtschaftsstarken West-Bundesländern mithalten können, brauchen eine dauerhafte und verlässliche Mitverantwortung des Bundes bei der Finanzierung von Schulbauten und anderen Infrastrukturen im Bildungsbereich. Bürokratische Monster wie der Digitalpakt Schule können nicht die Lösung sein.~~

Das alles sind ehrgeizige Ziele, die viel Mut, Kraft und vor allem auch Geld bedürfen. Bildung ist für uns Gemeinschaftsaufgabe, an deren Kosten sich auch der Bund beteiligen muss. Moderne Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Kurzfristige Programme und Finanzhilfen des Bundes sind dafür der falsche Weg. Gerade Bundesländer wie Thüringen, die noch immer finanziell nicht mit den wirtschaftsstarken West-Bundesländern mithalten können, brauchen eine dauerhafte und verlässliche Mitverantwortung des Bundes bei der Finanzierung von Schulbauten und anderen Infrastrukturen im Bildungsbereich. Bürokratische Monster wie der Digitalpakt Schule können nicht die Lösung sein.

Antrag A14_ÄÄ6: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

Antragsteller*in:	Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller
Status:	zurückgezogen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 76

Schule ist für uns eine Gemeinschaftsaufgabe, an deren Kosten sich auch der Bund beteiligen muss. Moderne Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Kurzfristige Programme und Finanzhilfen des Bundes sind dafür der falsche Weg. Gerade Bundesländer wie Thüringen, die noch immer finanziell nicht mit den wirtschaftsstarken West-

Bundesländern mithalten können, brauchen eine dauerhafte und verlässliche Mitverantwortung des Bundes bei der Finanzierung von Schulbauten und anderen

Infrastrukturen im Bildungsbereich. Deshalb fordern wir ein 100 Milliarden Sondervermögen für Bildung durch den Bund. Denn damit können die dringend notwendigen Sanierungen und Modernisierungen im Bildungsbereich angegangen und gleichzeitig eine Neuaufstellung der Pädagoginnenausbildung angegangen werden. Dafür fordern wir die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, welche zweckgebunden zur Stützung dieses Sondervermögens eingesetzt werden soll. Bürokratische Monster wie der Digitalpakt Schule können nicht die Lösung sein.

Antrag A14-ÄA7: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	zurückgezogen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 43

Das reicht uns noch nicht aus, wir sind noch auf dem Weg. Wir wollen einen Sozialstaat im Thüringer Modell.

Das heißt für uns:

- Beitragsfreie frühkindliche, Schul- und Erwachsenenbildung sowie außerschulische Jugendbildung
- Lernmittelfreiheit
- kostenfreier ÖPNV
- kostenfreie Freizeitangebote und Angebote der Kinder- und Jugenderholung
- längeres gemeinsames Lernen an einer Schule mit binnen differenzierten Unterricht und der Ausstattung für eine erfolgreiche Inklusion

Antrag A14Neu: Der soziale Freistaat

Antragsteller*in:	Ulrike Grosse-Röthig, Helmut Holter, Mandy Eißing, Michaele Sojka, Gabi Ohler, Frank Schenker, Katja Seiler, Jana Prochnow, Nicole Grießbach, Birgit Pommer, Jasmin Hoffmann, René Kolditz, Lilly Schwarzer, Gudrun Wolfram, Jens Thomas, Philipp Müller	
Status:	angenommen	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	2
	Enthaltung:	1

Wir entwickeln Thüringen fort zu einem modernen Sozialstaat, in dem Familien, Jüngere und Ältere, die Thüringerinnen und Thüringer alles vorfinden, was sie für ein sicheres, geborgenes und zukunftsfestes Leben benötigen.

Wir wollen, dass die Bildungsinfrastruktur zur Gemeinschaftsaufgabe zwischen Bund und Ländern wird. Das alles machen wir, weil wir eine große „Thüringer Familie“ sind. Und Familien halten zusammen. Wir tragen dazu bei, was wir können. Für Kinder und Jugendliche, die neugierig ihren Weg gehen wollen; für Azubis und Ausbilder, für Studierende und Lehrende, die Thüringen stark machen; für Lehrerinnen und Betreuer, unsere Thüringer Zukunftsexpertinnen, für die Familien, die Eltern und Großeltern, ohne die in unserem Thüringen nichts laufen würde, die sich kümmern, die anpacken, die zusammenhalten.

Für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die oft erste Ansprechpartner in Nöten aller Art, nicht nur für Heranwachsende sind. Und die es verdient haben, dass wir uns politisch auch jeden Tag reinhängen, wie sie es für uns tun, für die „Thüringer Familie“, für die Zukunft unserer Kinder, für das Land.

Niemand sagt, dass das einfach ist. Aber die „Thüringer Familie“ kann sich darauf verlassen, dass wir alles geben, um unseren Beitrag zu leisten. Seit fast zehn Jahren, haben wir als Zuhörer, als Partner, als Wegfreimacher für die „Thüringer Familie“ schon eine Menge erreicht. Im frühkindlichen Bereich haben wir zwei beitragsfreie Kindergartenjahre umgesetzt und über eine Erhöhung der Betreuungsschlüssel mehr Erzieherinnen und Erzieher die Kindergärten gebracht. Um die Nachwuchsgewinnung für den ErzieherInnenberuf zu verbessern, haben wir die aus Baden Württemberg stammende praxisorientierte Ausbildung auch in Thüringen eingeführt. Im schulischen Bereich haben wir den Schulhort wieder an die Grundschulen zurückgeführt, die Beschäftigungsanteile der Hortnerinnen und Hortner angehoben, das Einkommen für Grund- und Regelschullehrer an das der Gymnasiallehrer angeglichen, die Personalabbaupläne der CDU für den Bildungsbereich ausgesetzt und stattdessen die Zahl der Lehrkräfte erhöht. Wir haben Verwaltungsassistenzen an den Schulen möglich gemacht, damit sich Lehrerinnen und Lehrer wieder auf Bildung konzentrieren können.

Auf die Auswirkungen der Pandemie und des Russland-Ukraine-Krieges haben wir mit Abmilderungsregelungen, Energiezuschüssen und Entlastungsmaßnahmen reagiert und so zur Bewältigung der Folgen beigetragen.

Das machen wir nicht nur für Bilanzbroschüren, sondern das machen wir, weil Familien zusammenhalten. Die Eltern, die den Laden im Alltag schmeißen; die Lehrerin, die für Zukunft sorgt, der Schüler, der nicht nur paukt, sondern im Verein engagiert ist, die Schülerin, die Kurse für das Seepferdchen beim DLRG gibt und die schon jetzt so viel zurückgeben, die Auszubildende, die unsere Wirtschaft stärker macht, der Busfahrer, der dafür sorgt, dass beim Klingelzeichen alle da sind, die Köchin, die täglich den Treibstoff für die neugierigen Köpfchen zubereitet, die Oma, die bei den Hausaufgaben hilft und alle anderen, die Thüringen stark und lebenswert machen - für die machen wir das.

Das reicht uns noch nicht aus, wir sind noch auf dem Weg. Wir wollen einen Sozialstaat im Thüringer

Modell.

Das heißt für uns unter anderem:

- Beitragsfreie frühkindliche, Schul- und Erwachsenenbildung sowie außerschulische Jugendbildung
- Lernmittelfreiheit
- kostenfreier ÖPNV
- kostenfreie Freizeitangebote und Angebote der Kinder- und Jugenderholung
- längeres gemeinsames Lernen an einer Schule mit binnendifferenzierten Unterricht und der Ausstattung für eine erfolgreiche Inklusion

Linke Politik ist nicht nur die Kunst des Möglichen. Zur linken Politik gehören auch die großen Visionen. Was wir machen, machen wir ja auch, weil wir wissen, dass es hinterm Horizont weitergeht. Immer weiter Richtung bessere Welt, sichere Zukunft. Das treibt uns an. Weil wir wissen, wenn wir für Sicherheit im Wandel sorgen, dass Veränderung auch ein Versprechen ist, in dem Hoffnung liegt.

Bodo, unser Ministerpräsident, hat für den Bildungsbereich unseren Grundsatz so formuliert: »Bildung und Betreuung müssen beitragsfrei sein. Vom Kindergarten bis zum Meister oder Master.« Wir haben noch viel vor.

Aufbauend auf dem, was wir für die „Thüringer Familie“ schon beitragen durften, wollen wir eine echte Kindergrundsicherung. Darunter verstehen wir eine echte Lernmittelfreiheit, egal ob Tablet oder Schulbuch, egal ob Arbeitsheft oder Taschenrechner.

Darunter verstehen wir die kostenfreie Nutzung von Bus und Regionalbahn, damit der Weg zum Freibad nicht zum Problem wird. Darunter verstehen wir ein kostenfreies Mittagessen für jedes Kind im Land, denn viel zu viele Kinder müssen aus Kostengründen darauf verzichten.

Darunter verstehen wir kostenfreie Ferienangebote, die Familien entlasten und Horizonte erweitern. Darunter verstehen wir auch, dass vom Kindergarten bis zum Meister oder Master eben keine Gebühren anfallen. Das Geld wird in den Familien nötig gebraucht, um den immer teurer werdenden Alltag zu finanzieren.

Gute Bildung findet an einem Ort statt, an dem sich junge Menschen wohlfühlen und an dem sie umfassend und bedarfsorientiert auf die Herausforderungen des zukünftigen Lebens vorbereitet werden können. Dabei steht uns als Gesellschaft die frühe Selektion in der Mitte der 4. Klasse in vermeintlich leistungsstarke und leistungsschwache Menschen durch das dreigliedrige Schulsystem im Weg. Wir wollen dieses überwinden und stattdessen längeres gemeinsames Lernen durch flächendeckende Gemeinschaftsschulen bis zur 10. Klasse realisieren.

Wirklich gute Bildung kann nur an Orten mit moderner Ausstattung und mit einer kind- und jugendgerechten Umgebung stattfinden. Dabei sehen wir uns immer noch massiven Problemen gegenüber. Immer noch muss eine große Anzahl an Schulgebäuden saniert und an die jeweiligen Bedingungen angepasst werden. Dabei geht es nicht nur um Digitalisierung, sondern ebenso darum, Lebens- und Lernorte zu schaffen, an denen sich Kinder entfalten und wo auf ihre Stärken und Schwächen eingegangen werden kann.

Unserer Überzeugung nach sollte die polytechnische Ausbildung wieder eine stärkere Rolle einnehmen, was sich auch in der räumlichen Ausstattung der Schulen widerspiegeln muss. Menschen mit umfassendem Wissen über technische Zusammenhänge können die Welt von heute in ihren Grundzügen besser begreifen.

Wir wollen Schule als Ort der Demokratie ausbauen. Dies meint ebenso die Demokratisierung von Strukturen, als auch das Zusammenleben an den Schulen.

Das alles sind ehrgeizige Ziele, die viel Mut, Kraft und vor allem auch Geld bedürfen. Bildung ist für uns eine grundgesetzlich zu verankernde Gemeinschaftsaufgabe, an deren Kosten sich damit auch der Bund dauerhaft beteiligen muss. Moderne Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Kurzfristige Programme und Finanzhilfen des Bundes sind dafür der falsche Weg. Gerade Bundesländer wie Thüringen, die noch immer finanziell nicht mit den wirtschaftsstarken West-Bundesländern mithalten können, brauchen eine dauerhafte und verlässliche Mitverantwortung des Bundes bei der Finanzierung von Schulbauten und anderen Infrastrukturen im Bildungsbereich. Bürokratische Monster wie der Digitalpakt Schule können nicht die Lösung sein.

Wir wollen ein 100 Milliarden Sondervermögen für Bildung vom Bund.

Wir wollen, dass im Grundgesetz als primäre Gemeinschaftsaufgabe die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur in den Artikel 91a Abs.1 GG eingefügt wird, denn für uns stehen Bildung und Zukunft an erster Stelle.

Dafür fordern wir die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, welche zweckgebunden für die Gemeinschaftsaufgabe und das Sondervermögen eingesetzt werden soll.

Antrag A14Neu-ÄA1: Änderungsantrag zu A14Neu

Änderungsantrag zu A14Neu

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen

Zeile 43

Das reicht uns noch nicht aus, wir sind noch auf dem Weg. Wir wollen einen Sozialstaat im Thüringer Modell.

Das heißt für uns unter anderem:

- Beitragsfreie frühkindliche, Schul- und Erwachsenenbildung sowie außerschulische Jugendbildung
- Lernmittelfreiheit
- kostenfreier ÖPNV
- kostenfreie Freizeitangebote und Angebote der Kinder- und Jugendholung
- längeres gemeinsames Lernen an einer Schule mit binnendifferenzierten Unterricht und der Ausstattung für eine erfolgreiche Inklusion

Antrag A15: Kitas zukunftsfest gestalten

Antragsteller*in:	Felix Osterloh, Florian Demmler
Status:	zurückgezogen
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesverband Thüringen der Partei DIE LINKE nimmt die sinkenden Geburtenzahlen in Thüringen zur Kenntnis und sieht dadurch die Chance die Qualität in den Kindergärten anzuheben, indem wir den Fachkraft-Kind-Schlüssel weiter verbessern. Besonderen Handlungsbedarf besteht im Alter zwischen 0-3. Meldungen über eventuelle Schließungen von Kindergärten, aufgrund von zu vielen unbesetzten Kita-Plätzen werden somit als Chance zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels gesehen.

Der Raum- und Platzbedarf, den ein jedes Kind in unseren Kindergärten hat, soll angepasst werden, um eine individuellere Betreuung und Förderung zu gewährleisten. Aktuell sind dies 2x2,5 m² für Kinder unter 3 Jahren. Für Kinder ab 3 Jahren bis Schuleintritt 2,5 m². Für die Außenfläche sind es 10 m².

Hierzu bedarf es unterschiedlichster Konzepte, wie Kindergärten in Thüringen zentrale Ankerpunkte in einem Dorf oder Stadtteil werden können.

Antrag A15-ÄA1: Änderungsantrag zu A15

Änderungsantrag zu A15

Antragsteller*in:	Anja Müller, Ute Lukasch, Cordula Eger, Sarah Schwarz
Status:	zurückgezogen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 1 - 7

~~Der Landesverband Thüringen der Partei DIE LINKE Thüringen setzt sich für eine Überarbeitung des Paragraphen 15 und Paragraphen 16 Absatz 2 des Thüringer Kindergartengesetz (ThürKigaG) sowie die Finanzierungsgrundlagen anzupassen ein. Meldungen über eventuelle Schließungen von Kindergärten, aufgrund von zu vielen unbesetzten Kita-Plätzen werden somit als Chance zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels gesehen. Außerdem werden die in Paragraf 15 geregelten räumlichen Ausstattungen verbessert und dafür ein, Städte und Dörfer aktiv dabei zu begleiten, ihre Kindergärten zukunftsfest zu gestalten. Hierzu bedarf es unterschiedliche Konzepte, wie Kindergärten in Thüringen zentrale Ankerpunkte in einem Dorf oder Stadtteil werden können. Mit der Idee für ein Institut für frühkindliche Bildung im Sinne einer individuellen Betreuung und Förderung angepasst~~eingebrachten Kindergartengesetz machen wir dazu einen konkreten Vorschlag.

Antrag A15-ÄÄ2: Ersetzungsantrag zu A15

Änderungsantrag zu A15

Antragsteller*in:	Felix Osterloh, Florian Demmler, Daniel Reinhardt
Status:	angenommen
Antragsblock:	Allgemein

Zeile 1 - 7

Der Landesverband Thüringen der Partei DIE LINKE ~~setzt sich für eine Überarbeitung des Paragraphen 15 und Paragraphen 16 Absatz 2 des Thüringer Kindergartengesetz (ThürKigaG) sowie die Finanzierungsgrundlagen anzupassen ein. Meldungen über eventuelle Schließungen von Kindergärten, aufgrund von zu vielen unbesetzten Kita-Plätzen werden somit als Chance zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels gesehen. Außerdem werden die in Paragraf 15 geregelten räumlichen Ausstattungen verbessert und~~ nimmt die sinkenden Geburtenzahlen in Thüringen zur Kenntnis und sieht dadurch die Chance die Qualität in den Kindergärten anzuheben, indem wir den Fachkraft-Kind-Schlüssel weiter verbessern. Besonderen Handlungsbedarf besteht im Sinne einer individuellen Betreuung und Förderung Alter zwischen 0-3. Meldungen über eventuelle Schließungen von Kindergärten, aufgrund von zu vielen unbesetzten Kita-Plätzen werden somit als Chance zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels gesehen. Der Raum- und Platzbedarf, den ein jedes Kind in unseren Kindergärten hat, soll angepasst werden, um eine individuellere Betreuung und Förderung zu gewährleisten. Aktuell sind dies 2x2,5 m² für Kinder unter 3 Jahren. Für Kinder ab 3 Jahren bis Schuleintritt 2,5 m². Für die Außenfläche sind es 10 m². Hierzu bedarf es unterschiedlichster Konzepte, wie Kindergärten in Thüringen zentrale Ankerpunkte in einem Dorf oder Stadtteil werden können.

Antrag A15N: Kitas zukunftsfest gestalten

Antragsteller*in:	Felix Osterloh, Florian Demmler
Status:	in Ausschuss verwiesen
Abstimmung Überweisung an LaVo	Ja: Mehrheit

Der Landesverband Thüringen der Partei DIE LINKE nimmt die sinkenden Geburtenzahlen in Thüringen zur Kenntnis und sieht dadurch die Chance die Qualität in den Kindergärten anzuheben, indem wir den Fachkraft-Kind-Schlüssel weiter verbessern.

Besonderen Handlungsbedarf besteht im Alter zwischen 0-3.

Meldungen über eventuelle Schließungen von Kindergärten, aufgrund von zu vielen unbesetzten Kita-Plätzen werden somit als Chance zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels gesehen.

Der Raum- und Platzbedarf, den ein jedes Kind in unseren Kindergärten hat, soll angepasst werden, um eine individuellere Betreuung und Förderung zu gewährleisten. Aktuell sind dies 2x2,5 m² für Kinder unter 3 Jahren. Für Kinder ab 3 Jahren bis Schuleintritt 2,5 m². Für die Außenfläche sind es 10 m².

Hierzu bedarf es unterschiedlichster Konzepte, wie Kindergärten in Thüringen zentrale Ankerpunkte in einem Dorf oder Stadtteil werden können.

Antrag A15N-ÄÄ1: Änderungsantrag zu A15N

Änderungsantrag zu A15N

Antragsteller*in:	Anja Müller, Cordula Eger, Sarah Schwarz, Ute Lukasch
Status:	in Ausschuss verwiesen

Zeile 1 - 13

~~Der Landesverband Thüringen der Partei DIE LINKE nimmt die sinkenden Geburtenzahlen in Thüringen zur Kenntnis und sieht dadurch die Chance die Qualität in den Kindergärten anzuheben, indem wir den Fachkraft-Kind-Schlüssel weiter verbessern.~~

~~Besonderen Handlungsbedarf besteht im Alter zwischen 0-3.~~

~~Meldungen über eventuelle Schließungen von Kindergärten, aufgrund von zu vielen unbesetzten Kita-Plätzen werden somit als Chance zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels gesehen.~~

~~Der Raum- und Platzbedarf, den ein jedes Kind in unseren Kindergärten hat, soll angepasst werden, um eine individuellere Betreuung und Förderung zu gewährleisten.~~

~~Aktuell sind dies 2x2,5 m² für Kinder unter 3 Jahren. Für Kinder ab 3 Jahren bis Schuleintritt 2,5 m². Für die Außenfläche sind es 10 m².~~

Thüringen setzt sich dafür ein, Städte und Dörfer aktiv dabei zu begleiten, ihre Kindergärten zukunftsfest zu gestalten. Hierzu bedarf es unterschiedlich ~~stere~~ Konzepte, wie Kindergärten in Thüringen zentrale Ankerpunkte in einem Dorf oder Stadtteil werden können. Mit der Idee für ein Institut für frühkindliche Bildung im eingebrachten Kindergartengesetz machen wir dazu einen konkreten Vorschlag.

Antrag D1: Nur eine inklusive Idee ist eine linke Idee! Kein Antrag auf unseren Parteitag ohne vereinfachte Sprache

Antragsteller*in:	Christoph Macholdt
Status:	in Ausschuss verwiesen
Antragsblock:	Dringlichkeitsanträge
Abstimmung Überweisung an LaVo	Ja: Mehrheit
	Nein: 3
	Enthaltung: 2

Der 9. Landesparteitag der LINKEN.Thüringen beschließt, bei allen zukünftigen Parteitagen nur Anträge zuzulassen, deren Begründung auch in vereinfachter Sprache eingereicht werden oder ein Glossar zur Erklärung von Abkürzungen und Fachbegriffen enthalten.

Ausnahmen gelten für Dringlichkeits- oder Initiativanträge. Hier wird eine Einreichung in inklusiver Form dringend erbeten.

Antrag D2: Der Frieden braucht Kraft

Antragsteller*in:	LAG Frieden und Internationale Politik, Evelyn Sittig, Ursula Kachel, Anne Urschl, Karin Schrappe	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Dringlichkeitsanträge	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	3
	Enthaltung:	7

Anlass: Internationale Rüstungsmesse DSEI in London 12.- 15. 9. 2023

Die Internationale Rüstungsmesse DSEI in London hat gerade die gewaltige quantitative und qualitative Aufrüstung in der Welt sichtbar gemacht und setzt gleichzeitig neue Trends in der Entwicklung der Waffentechnologie und der Kriegsführung. Einen riesigen Aufschwung nimmt die technische Entwicklung und der Verkauf unbemannter und teilautonomer Waffensysteme mit künstlicher Intelligenz. Längst ist hier – zunächst noch unterhalb der atomaren Schwelle – ein neues großes Wettrüsten im Gange. Es besteht die Gefahr, dass die Anwendung solcher Waffensysteme in den aktuellen Kriegen immer mehr ausgeweitet wird, und dass dies zur weiteren Eskalation dieser Konflikte, auch des Russland-Ukraine-Krieges, führt.

Die LINKE Thüringen erklärt:

1. Der offene und öffentliche Handel mit todbringenden Rüstungsgütern ruft unseren schärfsten Protest hervor! Niemals darf der Handel mit dem Tod als normales Geschäft akzeptiert werden!
2. Wir verurteilen den Einsatz von Drohnen und künstlicher Intelligenz, um Menschen zu töten, gleich von welcher Seite.
3. Wir wenden uns gegen die immer weitere Finanzierung der militärischen Aufrüstung in Europa und der Welt, weil dadurch soziale, Bildungs- und Umweltprobleme unlösbar werden. Die Ablehnung der Bundestagsfraktion DIE LINKE, die als einzige Fraktion gegen das 100-Milliarden-Paket der Super-Aufrüstung gestimmt hat, stärkt die Friedenskräfte und gibt ein Beispiel für ganz Europa.
4. Wir beteiligen uns an der Stärkung der europaweiten Friedensbewegung und grenzen uns gleichzeitig von nationalistischen und rassistischen Strömungen ab.
5. Wir fordern diplomatische Initiativen, um den Russland-Ukraine-Krieg und alle weiteren aktuellen Kriege so schnell wie möglich zu beenden. Wir setzen uns solidarisch für den Schutz der Wehrpflichtigen aus allen kriegführenden Staaten ein, die dem Krieg den Rücken kehren und in ihren Ländern deshalb mit Strafen bis hin zum Tod rechnen müssen.
6. Wir kritisieren nachdrücklich, dass derzeit die amerikanischen Atombomben, die noch immer in den Bunkern des Fliegerhorsts Büchel nahe Cochem an der Mosel lagern, durch schärfere ersetzt werden und neue Bombenflugzeuge in den USA gekauft werden. Wir fordern erneut den Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO vom 7.7.2017 und den Abzug aller Atomwaffen von deutschem Boden!

Das Thema Frieden ist für die Existenz der Menschheit entscheidend. Dafür steht auch das berühmte Zitat von Willi Brand: FRIEDEN IST NICHT ALLES ABER OHNE FRIEDEN IST ALLES NICHTS.

Antrag D3: Für eine humanitäre Asylpolitik

Antragsteller*in:	LAG Migration	
Status:	angenommen	
Antragsblock:	Dringlichkeitsanträge	
Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	0
	Enthaltung:	0

Über 100 Millionen Menschen sind weltweit dazu gezwungen ihre Heimat zu verlassen. Flucht- und Migrationsbewegungen spüren wir auch in Thüringen. Politische Verfolgung, militärische Gewalt, Umweltkatastrophen, Klimawandelfolgen und ökonomische Not veranlassen eine stetig wachsende Zahl von Menschen unter oft lebensgefährlichen Umständen Sicherheit und bessere Lebensbedingungen zu suchen.

Entgegen der oft von rechts verbreiteten Behauptung, dass alle Menschen nach Deutschland fliehen würden, tragen die Hauptlast für die Unterbringung und Versorgung der Menschen, die vor Gewalt oder Armut die Flucht ergreifen, zumeist die Staaten, die unmittelbar an die Krisengebiete angrenzen. Jedoch bleibt festzustellen, dass auch in Deutschland, bedingt durch Kriege und Krisen, vermehrt Menschen aus anderen Ländern Asyl beantragen. Dies wurde u.a. ab September 2015 und zuletzt seit dem 24. Februar 2022 spürbar, als jeweils binnen kurzer Zeit eine große Zahl von Menschen auf der Flucht – damals insbesondere aus dem syrischen Bürgerkriegsgebiet und gegenwärtig aus der Ukraine – hier ankamen und weiterhin ankommen.

Als LINKE sehen wir uns einer humanitären und menschenwürdigen Asyl- und Migrationspolitik verpflichtet. Allerdings müssen wir auch heute feststellen: Die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten in den Thüringer Kommunen ist nach wie vor mit erheblichen Problemen behaftet. Insbesondere die langen Wartezeiten, uneinheitliche aufenthaltsrechtliche Entscheidungspraxen sowie die unzureichende Bearbeitungsdauer in den Ausländer*innenbehörden führen zu unzumutbaren Belastungen für die betroffenen Menschen. Unter dem Slogan „Wir sind Menschen, keine Akten“ haben nicht nur Bürger*innen, sondern auch jene die es schon sein könnten sowie weitere Bewohner*innen unseres Freistaats vor der Erfurter Ausländer*innenbehörde zu Recht auf diese Missstände aufmerksam gemacht. Auch aktuell findet wieder Protest in Form einer Mahnwache vor der Erfurter Ausländer*innenbehörde statt. Wir solidarisieren uns hiermit mit den Protestierenden.

Das uneinheitliche Agieren der Ausländer*innenbehörden und fehlendes Personal in den Ämtern führen zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung von Anträgen. Das betrifft zum Beispiel die Möglichkeit auf einen Chancenaufenthalt, Familiennachzug, die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis und auf Aufenthalt, der im Rahmen von Landesaufnahmeprogrammen gewährt wird- Das wollen wir nicht hinnehmen und fordern deshalb die Umsetzung der Maßnahmen aus der Enquetekommission Rassismus mit der Erarbeitung einheitlicher Verfahrensrichtlinien durch das zuständige Ministerium und eine entsprechende einheitliche Handhabung durch die Landkreise und Kommunen. Dazu braucht es auch die schnelle Umsetzung der Einrichtung des Landesamtes für Migration in Thüringen.

DIE LINKE. Thüringen fordert insbesondere eine einheitliche Anwendung der Regelungen in der Landesaufnahmeordnung Syrien und Umsetzung des Landesaufnahmeprogramms Afghanistan, damit die Frage des Familiennachzuges nicht vom guten Willen einzelner Ausländer*innenbehörden abhängig ist.

DIE LINKE. Thüringen lehnt zudem die Ausweitung der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“ insbesondere der aktuellen Debatte auf Bundesebene ab. Ebenso soll mit Hilfe von Abschiebestopps

verhindert werden, dass Menschen in Länder abgeschoben werden in denen kriegerische und gewalttätige Auseinandersetzungen anhalten oder Verfolgung droht.

DIE LINKE. Thüringen fordert eine grundlegende strukturelle Änderung und Verbesserung der Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in Hermsdorf und Suhl. Diese müssen endlich eine menschenwürdige Unterbringung und bedarfsgerechte Versorgung sicherstellen, einschließlich einer umfassenden psycho-sozialen Betreuung und der Erfassung besonderer Schutzbedarfe. Mehr als 300 Menschen in einer Halle wie in Hermsdorf unterzubringen, entspricht nicht der von uns gewollten humanitären Flüchtlingspolitik.

Von den zuständigen Ministerien und den ihr nachgeordneten Behörden erwarten wir erhebliche Verbesserungen hinsichtlich des Verteilmanagements Geflüchteter auf die Kommunen und fordern weiterhin, langfristig und nachhaltig die dafür notwendigen Kommunikations- und Abspracheprozesse ein.

Für die Verbesserung der Situation von Geflüchteten und einen Umgang im aufenthaltsrechtlichen Verfahren auf Augenhöhe ist die zusätzliche Einstellung von fachlich qualifiziertem und kultursensiblen Personal in den Ausländer*innenbehörden dringend erforderlich, um eine zügige, gerechte und landesweit einheitliche Bearbeitung der Fälle zu gewährleisten. Menschen dürfen nicht durch eine nicht enden wollende Kette von Fiktionsbescheinigungen und ähnlichen Hürden auf ihrem Weg von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden. Egal aus welchem Grund Menschen zu uns kommen und wie lange sie hier schon leben, wir wollen ihnen die Sicherheit und Möglichkeit geben als Teil gleichwertiger Teil dieser Gesellschaft sein zu können. Unser demokratisches Gleichheitsideal unterscheidet nicht zwischen Bürgerinnen und Bürgern erster und zweiter Klasse.

Der Landesparteitag ruft die kommunalen Fraktionen und Mandatsträger*innen in den Landkreisen und kreisfreien Städten dazu auf, die Arbeit und Entscheidungspraxis der örtlichen Ausländer*innenbehörden kritisch zu hinterfragen und auf eine Verbesserung der Situation hinzuwirken.

In Abstimmung von Landesvorstand, Landesgeschäftsstelle und LAG Migration werden dazu Informationen und Mustervorlagen erarbeitet und zur Verfügung gestellt. Gemeinsam mit der LINKEN Landtagsfraktion und den LINKEN Mitgliedern der Landesregierung wirkt DIE LINKE. Thüringen auf eine Verbesserung der Situation bei den zuständigen Ministerien und nachgeordneten Behörden hin.

Antrag G1: Thüringen ist Chancenland

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung
Abstimmung	Ja: Mehrheit

Thüringen ist ein Land der Chancen. Wir wollen dieses Land in der Thüringer Familie gestalten, Sicherheit im Wandel geben und jene unterstützen, die hier leben, sowie jene, die ihre Zukunft hier sehen und jene, die dieses Land zu dem gemacht haben, was es heute ist. Unser Thüringen.

Thüringen ist ein Land der Chancen. Damit das so bleibt, braucht es weiterhin einen starken linken Gestaltungswillen. Thüringen hat eine gute Entwicklung genommen. All jene, die hier leben, ein Zuhause aufgebaut haben, oder finden, all jene, die in den letzten Jahrzehnten daran mitgewirkt haben oder in den kommenden daran mitwirken wollen, haben ihren Anteil daran. Diese Thüringer Familie, dieses "Wir" aller, die hier leben, macht uns aus. 2024 werden die Weichen für die Zukunft in Thüringen gestellt. In Zeiten der Krisenbewältigung geht es jetzt darum, wie dieses Land in 10 oder 20 Jahren aussehen wird. Die Krisen der letzten Jahre und der aktuellen Zeit haben uns gezeigt, wie wichtig es ist, sich aufeinander verlassen zu können.

Bei allen unterschiedlichen Ideen und Vorstellungen soll klar sein: Nicht mehr Krise und Angst, sondern Sicherheit, Zuversicht und Mut sollen den Alltag der Menschen in Thüringen prägen. Dazu braucht es sichere Anker, auf die man sich verlassen kann. Im Alltag, im Beruf, in der Familie, in der Kindheit, in der Jugend oder im Alter, egal ob hier aufgewachsen oder zugezogen. Uns umeinander kümmern, sich auf jemanden verlassen können, gemeinsam dieses Land gestalten, damit es Zuhause bleibt oder wird, das ist DIE LINKE. Thüringen, das ist Bodo Ramelow.

Sicherheit im Wandel geben, damit, anders als nach der Wiedervereinigung, nicht jede:r allein schauen muss, wo er oder sie bleibt. Die anstehenden Veränderungen sind herausfordernd, aber wir können sie bewältigen, wenn wir sie sozial gerecht gestalten. Wir wissen, wie es anders gehen muss, denn DIE LINKE kämpfte mit um den Erhalt der Substanz, als das soziale und wirtschaftliche Fundament Thüringens vor 30 Jahren zum Ausverkauf stand und Betriebe geschlossen wurden. Dieses Wissen und die Erfahrungen im Hinterkopf, gestalten wir nun seit neun Jahren dieses Land. Wir arbeiten mit Vielen aus Vereinen, Bündnissen, Gewerkschaften, Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen, also Expert:innen und Macher:innen, deren Herz für die Menschen um sie herum schlägt, um Thüringen besser zu machen.

"Besser" bedeutet für uns gerechter. Denn bei aller Unterschiedlichkeit gibt es diesen gemeinsamen Kern: Jede:r soll hier gut aufwachsen, von der Arbeit gut leben können und im Alter abgesichert sein. Dazu müssen nicht nur der Geldbeutel, sondern auch die öffentliche Infrastruktur, die Gesundheitsversorgung, die Bildungseinrichtung, der Arbeitsplatz oder die öffentliche Verwaltung stimmen.

Das ist es, was viele zurecht erwarten von einer Politik, die Handlungsfähigkeit und Vertrauen ausstrahlt. Menschen sorgen sich darum, ob der nächste Einkauf noch im Budget drin ist. Eine ganze Generation geht laut auf die Straße, weil sie angesichts der Klimakrise um ihre und unser aller Zukunft besorgt ist. Menschen haben Fragen, wie wir den demografischen Wandel, der sich auf der Suche nach dem nächsten Arzt oder der Handwerkerin zeigt, steuern werden, anstatt ihn laufen zu lassen. Im Alter fragen sich Menschen, wie sie ihren Alltag noch selbst bestimmen und dabei nicht jeden Cent zweimal umdrehen müssen. Die Menschen fragen: "Und wo bleiben wir?" Viele fragen sich, wie wir es schaffen, all jenen, die eine neue Arbeit suchen oder unfreiwillig aufgrund von Krieg, Klimaveränderung oder Armut ihr Zuhause verlassen müssen, hier gut und sicher leben können.

Wir hören davon, wenn wir an den Haustüren sind und fragen: „Wo drückt der Schuh?“. Wenn wir klingeln, uns vorstellen und zuhören, erleben wir die Sorgen irgendwo zwischen Weltpolitik und Wünschen für das eigene Viertel oder das Dorf. Wir sind unterwegs und bei den Menschen, weil wir daraus Unterstützung und konkrete gemeinsame Politik entwickeln wollen. Bekommen wir die Info, dass im Viertel Bänke fehlen, tragen wir das Anliegen in den Stadtrat und besorgen welche. Hören wir, dass das Geld nicht reicht, um die Miete oder die Ölheizung zu bezahlen, bieten wir Unterstützung an. Denn viele wissen gar nicht, welche Hilfen und Unterstützung der Staat bereithält, auch wenn sie sich nicht als arm bezeichnen würden. Hören wir davon, dass der Arbeitsplatz beim Zuliefererbetrieb in Gefahr ist, suchen wir den Kontakt zu Gewerkschaften, um zusammenzustehen und in den Konzernchefetagen zu zeigen, dass es nicht um Zahlen, sondern Menschen geht. Das machen wir nicht für uns selbst. Das machen wir auch, um Distanz abzubauen und den vielen Menschen in diesem Land wieder ein Gefühl dafür zu geben, dass Politik nichts weit Entferntes, sondern etwas ganz Konkretes vor Ort ist, was helfen kann und gemeinsam zu gestalten ist. Dass Menschen aus „der Politik“ für sie da sind und eine Bank aufstellen oder gemeinsam für klimagerechte Arbeitsplätze oder ein Bleiberecht kämpfen.

Nur nahbar und transparent, mit der Möglichkeit zur Beteiligung, können wir verhindern, dass Politik als ein abgehobener Betrieb betrachtet wird und jene davon profitieren, die aus Distanz und Krise Kapital schlagen wollen. Und zwar nur für sich, indem sie Verteilungskämpfe zwischen Arm und Reich zu Abgrenzung ummünzen zwischen einem „nationalen Wir“ und „den Anderen“. Verteilungsgerechtigkeit in allen Fragen, von der Klimapolitik, der Stärkung des Öffentlichen oder einer offenen Gesellschaft, schaffen wir, wenn wir Politik so verändern, dass sie umverteilt: von den Wenigen zu den Vielen, von oben nach unten. So können wir Zukunft gestalten und ohne Angst über sie reden.

Wir haben in Thüringen schon viel erreicht. Diesen Weg setzen wir fort. Schon jetzt kämpfen wir für eine LINKE, die als stärkste Kraft dieses Land mit Bodo Ramelow gestaltet. Wir kämpfen für klare politische Mehrheiten, die es möglich machen, unsere Ziele linker Politik nicht gegen den Dauervorbehalt einer konservativen, marktverliebten oder extrem rechten Opposition zu stellen. Vieles, was wir vorhaben, können wir nur schaffen, wenn wir auch neue finanzielle Wege gehen. Denn Zukunft lässt sich nicht mit der schwarzen Null gestalten. Wo kostenfreie Bildung draufsteht, muss öffentliches Geld drin sein. Wo klimagerechte Investitionen notwendig sind, muss Geld schneller fließen im Kampf gegen die Zeit. Wo Gesundheit, Wohnen und Mobilität gerecht und für jeden und jede zugänglich sein soll, muss die öffentliche Hand Rahmenbedingungen schaffen. Demokratie, soziale und klimagerechte Politik sowie eine starke Gesellschaft gibt es nicht zum Nulltarif.

Deshalb werden wir ein Regierungsprogramm erarbeiten, mit dem wir die Fragen und Sorgen unserer Zeit mit Ideen für die nächsten Generationen beantworten. Wir haben dazu Vereine, Verbände, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Institutionen eingeladen, um gemeinsam mit uns über Lösungen für die Zukunft zu reden. Für uns gibt es einen klaren Auftrag: Wir gestalten Gegenwart und Zukunft!

Sozialstaat Thüringer Modell: Mit unserer Idee vom Sozialstaat und der Kindergrundsicherung nach „Thüringer Modell“ gehen wir einen klaren Weg der sozialen Gerechtigkeit von Anfang an. Das fängt mit der Bildung an. Während die Ampel bei der Kindergrundsicherung zusammenstreicht, Sprachkitas und Ausbildungsförderung kürzen will, setzen wir auf Beitragsfreiheit. Wir wollen nicht nur von Jahr zu Jahr finanzieren, wir wollen den Wandel im System der Finanzierung. Wir wollen endlich Eltern befreien, von der Beitragszahlung vom ersten Jahr im Kindergarten bis zum Meister- oder Masterabschluss. Entlastung bedeutet für uns, jungen Menschen den Weg freizumachen mit einem Jugenticket, dass sich jeder leisten kann.

Sich umeinander zu kümmern, heißt auch, für jene da zu sein, die das Thüringen von morgen sind. In Schulen, die ein echtes Zuhause für die Schulfamilie sind und Kindergärten, die mehr sind als Wohlfahrt

oder Aufbewahrung. Kindergarten soll eine Welt sein, aber nicht eine Welt kosten, denn die Welt kostet schon genug für eine Familie. Es darf nicht sein, dass jene mit Bürokratie überlastet werden, die sich doch schon um Kinder und Eltern gleichermaßen kümmern.

Damit ältere Menschen nicht einfach aufs Abstellgleis geraten, beteiligen wir sie, denn sie waren Teil der Entwicklung dieses Landes, haben ihren Teil zu dessen Entwicklung beigetragen. Alle Generationen wollen wir mitnehmen auf dem Weg des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir Pflegestützpunkte ausbauen und mit der Idee einer landeseigenen Wohnungsgesellschaft ein selbstbestimmtes und bezahlbares Wohnen ermöglichen.

Es geht darum, jenen zu helfen, die ihrer Familie zur Seite stehen. Enkel werden vom Kindergarten geholt und vorher noch das Vereinsfest vorbereitet. Damit dafür Zeit ist und das Knie auch mitmacht, braucht es eine Gesundheitsversorgung, die diesen Namen verdient. Gesundheitskioske mit kurzen Wegen, welche die Krankenhauslandschaft ergänzen, sind darauf eine unserer Antworten. Es muss dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin einer Gemeinde möglich sein, sich selbst mit einem medizinischen Versorgungszentrum darum kümmern zu können, dass die Gripeschutzimpfung und notwendigsten Behandlungen bei allen ankommen. Kommunale Medizinische Versorgungszentren sind unsere Idee statt profitgieriger Gesundheitskonzerne.

Politik der Ermöglichung: Wir wollen eine Politik, welche Verbesserungen ermöglicht, indem Infrastruktur ausgebaut und das Öffentliche gestärkt werden. Alle Generationen wollen wir auf diesem Wege mitnehmen. Das bedeutet für uns, Beteiligung zu schaffen. Unsere Demokratie wird umso wirksamer und widerstandsfähiger gegen Gefährdungen – gerade auch von Rechtsaußen, je vielfältiger, engagierter und demokratisch aktiver die Menschen und gesellschaftspolitischen Akteur:innen vor Ort in den Kommunen sind, je leistungsfähiger die selbstverwalteten Kommunen in Thüringen im Alltag der Menschen agieren und deren gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen gerecht werden können. Lebendige Demokratie und tatsächliche kommunale Selbstverwaltung finden dort statt, wo die Einwohner:innen über ihre eigenen Angelegenheiten mitreden und mitbestimmen können. Deshalb setzen wir als DIE LINKE. Thüringen auf umfassende Demokratie, Transparenz und Öffentlichkeit nach dem Prinzip der gläsernen Rathäuser und Landratsämter. Dazu gehören auch Möglichkeiten lebendiger Mitwirkung, die wir ausbauen wollen, wie zum Beispiel öffentliche Einwohner:innen- Fragestunden, Beteiligung von Senior:innen, die Arbeit von Kinder- und Jugendparlamenten.

Dort wo Beteiligung möglich wird, kann gemeinsam darüber gesprochen werden, wie wir uns bewegen und wohnen, ländliche und städtische Räume gestalten wollen und Gelder der öffentlichen Hand genau dafür einsetzen. Thüringen ist ein Land der Mobilität. Wir wollen die Verkehrswende so vorantreiben, dass Menschen nicht zwangsläufig auf teure und klimaschädliche, fossile Brennstoffe angewiesen sind, aber dennoch niemand abgehängt wird. Mobilitätsgarantie bedeutet für uns, dass nicht nur ein klassischer Bus ins Dorf kommt, sondern, dass ein Auto auch dann noch zur Verfügung steht, wenn keine Verbrenner mehr gebaut werden: Betrieben mit Strom aus erneuerbaren Energien, von denen die Menschen im Dorf nebenbei auch wirtschaftlich profitieren und nicht nur große Konzerne. Das gleiche gilt für die Frage, wer unsere Nahrung produziert und wo. Statt dabei zuzusehen, wie landwirtschaftliche Flächen zum Börsenprojekt und Spekulationsobjekt werden, tun wir etwas dagegen. Das gilt genauso für unseren Wald. Verkäufen von Waldflächen an Konzerne stellen wir uns entgegen. Dazu gibt es das forststrukturelle Vorkaufsrecht für die Landesgesellschaft. Außerdem sollte ein Verbot des Verkaufs von Wald zu stark überhöhten Preisen geprüft werden. Nicht die Stiftung einer Handelskette, sondern die kommunale oder genossenschaftlich organisierte oder klein- und mittelständische Wirtschaft vor Ort sollten Grund und Boden gestalten.

Mit der Verkehrswende, dem Ausbau einer kommunalen Gesundheitsversorgung, der Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, verstärkten Investitionen in Bildungseinrichtungen oder der dringend

notwendigen Energiewende sind erhebliche finanzielle Anstrengungen verbunden. Wir müssen daher alternative Wege zur Finanzierung öffentlicher Projekte diskutieren, ohne dabei der Privatisierung das Wort zu reden. Denn der Markt wird es nicht regeln. Er ist und bleibt das Ergebnis menschlichen Handelns. Mit passgenauen öffentlichen Investitionsgesellschaften des Landes können wir uns von starren Spielregeln der schwarzen Null lösen und schneller werden. So beim Ausbau von Bus, Bahn, Schule, Krankenhäusern, Mehrgenerationenhäusern, Jugendclubs, Kultureinrichtungen, Hochschulen oder Nachbarschaftsläden als Räumen, in denen miteinander Mut gemacht und Lösungen gefunden werden. Alles, was das Öffentliche ausmacht, gehört in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen gestellt.

Lebensgrundlagen erhalten: Wir leben in einer Zeit, in der es darum geht, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zu schützen. Thüringen ist unser Zuhause, der Wald, die grünen Hügel, die Seen und die Bäche. Das ist nicht nur schön, sondern auch überlebensnotwendig für uns alle in diesem Ökosystem. Das zu erhalten, darf nicht zu Lasten derer gehen, die ohnehin schon die größten Risiken und Kosten tragen: Weil sie um ihren Arbeitsplatz bangen, wenn der Mutterkonzern zusammenstreicht oder weil der Ausbau der Erneuerbaren allzu oft auf die Vielen, aber nicht auf die eigentlichen Verursacher:innen der Krise umgelegt wird. Gute Arbeit und Lebensgrundlage müssen erhalten bleiben im Wandel, wir stehen ein für diese Sicherheit.

Wir wollen dazu die Klimainvestitionen deutlich verstärken. Mit dem Sondervermögen steht uns bereits ein Instrument zur Verfügung, das uns ganz konkret dabei helfen kann, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zu bezahlen. Mit öffentlichen Investitionsgesellschaften können wir wichtige Bauinvestitionen bei landeseigenen und kommunalen Einrichtungen tätigen, sparen damit in erheblichem Maße klimaschädliche Emissionen ein und können den Ausbau erneuerbarer Energien deutlich beschleunigen. Mit unserem Vorschlag eines Windenergiebeteiligungsgesetzes wollen wir, das vom Gewinn aus der Stromerzeugung die Menschen vor Ort profitieren, wenn das Geld in die Sanierung der Schule oder des Gemeinschaftshauses und nicht allein in die Kasse des Stromerzeugers fließt.

Wir wollen darüber sprechen, wie wir es schaffen, aus den ersten kleinen Schritten der Technologieberatungsstellen und der Transformationsagentur einen großen werden zu lassen. Zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen, ist von öffentlichem Interesse. Es braucht daher eine neue Industriebeteiligungsstrategie, mit der das Land Unternehmen begleitet, die bereit sind, umzustellen, statt auf den "Markt" zu warten, der zwar bereinigt, aber nicht regelt. Dazu bauen wir auf das Wissen aus den Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die gemeinsam mit den berufsbildenden Einrichtungen zu Weiterbildungszentren werden könnten. Dort unterstützen wir Beschäftigte und bauen auf ihr Wissen, um die Aufgaben in den neuen industriellen, öffentlichen und sozialen Arbeitsfeldern anzupacken. Wir wollen Sicherheit schaffen in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt, statt die Menschen sich selbst zu überlassen und wieder viele hinten runter fallen zu lassen. Es braucht das Verständnis dafür, dass wir sie für alle Berufe und Aufgaben benötigen, die Teil der sozialen und klimagerechten Energiewende sind. Bei Wirtschaftsförderung, Auftragsvergabe und Industriebeteiligungen ist auf den Aspekt der Guten Arbeit zu achten. Dazu gehören für uns Beschäftigungssicherung, Ausbildung, Mitbestimmung und Tarifbindung.

Haltung zeigen und für Sicherheit sorgen: Damit all das möglich wird, braucht es eine klare Haltung, mit der wir Menschen begegnen. Wir, das bedeutet für uns ein verbindendes "Wir" all derer, die hier leben und mitgestalten wollen. Damit das alle können, braucht es Strukturen, die Menschen hier in Sicherheit ankommen und teilhaben lassen. Aus abweisenden „Ausländerbehörden“ müssen bürokratiearme Einrichtungen werden, in denen Zuwanderung sicher und das Ankommen schnell ermöglicht wird. Aus Kettenduldungen und Perspektivlosigkeiten müssen Bleibeperspektiven und Chancen werden. Der „Spurwechsel“ ist dabei der zentrale Dreh- und Angelpunkt. Wir wollen Menschen nicht länger sich selbst und der Willkür illegalisierter Fluchtwege und verworrener Aufenthaltstitel überlassen. Wir wollen

organisierte, ausbeuterische Kriminalität verhindern und stattdessen humanitäre und zivile Hilfe stärken. Landesaufnahmeprogramme müssen stärker mit Leben erfüllt und die Beratungs-, Begleitungs- und Unterstützungsstrukturen auf sichere Beine gestellt werden. Zuwanderung gut zu gestalten bedeutet für uns die Möglichkeit von Anfang zu haben, sicher auf eigenen wirtschaftlichen Beinen stehen zu können. Das wollen wir ermöglichen.

Es gibt etwas zu gewinnen und wir haben es in der Hand!

Das im Blick habend, zeigt sich, es gibt nach wie vor viel zu tun. Wir stehen vor der Frage, ob wir den Sicherheitsanker setzen und gemeinsam über die Zukunft dieses

Landes reden und sie gestalten wollen. Oder ob andere die sich im Schlechreden gefallen Macht, erhalten, um ihre Privilegien zu verteidigen und für Stillstand oder Rückschritt sorgen. Wir sagen, was ist und an wessen Seite wir stehen. Wir brauchen keine Miesmacher, wir brauchen keinen Kulturkampf. Wir brauchen

wollen. Wir brauchen keinen Kulturkampf. Wir brauchen

keinen Markt, der nichts regelt. Wir setzen uns konsequent für ein Thüringen ein, in welchem ein gutes Leben für Alle möglich ist. Geleitet von der Vision eines demokratischen Sozialismus gehen wir täglich kleine und große Schritte, um das Leben der Menschen besser zu machen.

keinen Markt, der nichts regelt. "Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit und die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten. Wir brauchen Thüringen, wo wir gut leben können.

Wir sind die Brandmauer, wir lassen nicht zu, dass Faschist:innen zum Zünglein an der Waage werden und die mit ihren Worten andere bestärken, den Hass und die Hetze in die Tat umzusetzen. 2024 geht es darum, welches Menschenbild dieses Land prägt. Wir wollen ein gemeinsames Land, ein "Wir" statt ein "Die"! Wir wollen ein soziales Land, eine Politik der Ermöglichung, des Erhalts unserer Lebensgrundlagen und einer solidarischen, humanistischen Grundhaltung.

Wir wollen wir einen handlungsfähigen Staat gestalten und der jungen Generation den Weg frei machen. Wir alle sind eine große Thüringer Familie und halten zusammen. Deshalb wollen wir für Entlastung sorgen und schaffen mehr Zeit füreinander in sozialer Sicherheit. Wir schätzen die Erfahrung und das Wissen der unterschiedlichen Generationen unserer Thüringer Familie: Nur mit ihnen allen kann die Zukunft gelingen.

Sicherheit im Wandel, Anerkennung von Erfahrungen und Zukunft gibt es nur mit mit der Thüringer LINKEN und Bodo Ramelow. Einer, der im Land und im Bund für die Menschen in Thüringen streitet und klare Haltung zeigt in einer Zeit, welche Haltung statt Spaltung mehr verlangt denn je. Sicherheit im Wandel, dafür stehen wir, als Thüringer LINKE!

Antrag G1-ÄA1: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	Linksjugend ['solid] Thüringen
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 219

Das im Blick habend, zeigt sich, es gibt nach wie vor viel zu tun. Wir stehen vor der Frage, ob wir den Sicherheitsanker setzen und gemeinsam über die Zukunft dieses Landes reden und sie gestalten wollen. Oder ob andere sich im Schlechreden gefallen und Macht erhalten, obwohl sie nur verwalten oder rückwärtsgewandten Stillstand wollen. Wir brauchen keine Miesmacher, wir brauchen keinen Kulturkampf. Wir brauchen

keinen Markt, der nichts regelt. Wir ~~brauchen~~ setzen uns konsequent für ein Thüringen, wo wir gut leben können ein, in welchem ein gutes Leben für Alle möglich ist. Geleitet von der Vision eines demokratischen Sozialismus gehen wir täglich kleine und große Schritte, um das Leben der Menschen besser zu machen.

Antrag G1-ÄA2: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung
Abstimmung	Ja: Mehrheit

Zeile 73 - 75

Wir haben in Thüringen schon viel erreicht. Diesen Weg setzen wir fort. ~~Auch wenn wir uns selbst manchmal ungeduldig wünschen, dass es schneller gehen möge, müssen wir darauf achten, dass dabei niemand auf der Strecke bleibt.~~ Schon jetzt kämpfen wir für eine LINKE, die als stärkste Kraft dieses Land mit Bodo Ramelow gestaltet. Wir kämpfen für klare politische Mehrheiten, die es möglich machen, unsere Ziele linker Politik nicht gegen den Dauervorbehalt einer konservativen, marktverliebten oder extrem rechten Opposition zu stellen. Vieles, was wir vorhaben, können wir nur schaffen, wenn wir auch neue finanzielle Wege gehen. Denn Zukunft lässt sich nicht mit der schwarzen Null gestalten. Wo kostenfreie Bildung draufsteht, muss öffentliches Geld drin sein. Wo klimagerechte Investitionen notwendig sind, muss Geld schneller fließen im Kampf gegen die Zeit. Wo Gesundheit, Wohnen und Mobilität gerecht und für jeden und jede zugänglich sein soll, muss die öffentliche Hand Rahmenbedingungen schaffen. Demokratie, soziale und klimagerechte Politik sowie eine starke Gesellschaft gibt es nicht zum Nulltarif.

Antrag G1-ÄA3: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel
Status:	abgelehnt
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung
Abstimmung	Nein: Mehrheit

Zeile 92

Sozialstaat Thüringer Modell: Mit unserer Idee vom Sozialstaat und der Kindergrundsicherung nach „Thüringer Modell“ gehen wir einen klaren Weg der sozialen Gerechtigkeit von Anfang an. Das fängt mit der Bildung an. Während die Ampel bei der Kindergrundsicherung zusammenstreicht, Sprachkitas und Ausbildungsförderung kürzen will, setzen wir auf Beitragsfreiheit. Wir wollen nicht nur von Jahr zu Jahr finanzieren, wir wollen den Wandel im System der Finanzierung. Wir wollen endlich Eltern befreien, von der Beitragszahlung vom ersten Jahr im Kindergarten bis zum Meister- oder Masterabschluss. Entlastung bedeutet für uns, jungen Menschen den Weg freizumachen mit einem Jugendticket, dass sich jede:r leisten kann.

Antrag G1-ÄA4: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 223 - 225

Wir sind die Brandmauer, wir lassen nicht zu, dass Faschist:innen zum Zünglein an der Waage werden und die mit ihren Worten andere bestärken, den Hass und die Hetze in die Tat umzusetzen. 2024 geht es darum, welches Menschenbild dieses Land prägt. Wir

wollen ein gemeinsames Land, ein "Wir" statt ein "Die"! Wir wollen ~~einen sozialen Staat nach Thüringer Modelle~~ein soziales Land, eine Politik der Ermöglichung, des Erhalts unserer Lebensgrundlagen und ~~Haltung, statt Rückfall in finstere Zeiten~~einer solidarischen, humanistischen Grundhaltung.

Antrag G1-ÄA5: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	Micha Wolfram, Evelyn Sittig, Annabell Zoeger, Julius Halm, Lothar Adler, Steffen Kachel
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung
Abstimmung	Ja: Mehrheit

Zeile 218

Das im Blick habend, zeigt sich, es gibt nach wie vor viel zu tun. Wir stehen vor der Frage, ob wir den Sicherheitsanker setzen und gemeinsam über die Zukunft dieses Landes reden und sie gestalten wollen. Oder ob andere sich im Schlechreden gefallen und Macht erhalten, obwohl sie nur verwalten oder rückwärtsgewandten Stillstand

wollen. Wir brauchen ~~keine Miesmacher, wir brauchen~~ keinen Kulturkampf. Wir brauchen keinen Markt, der nichts regelt. Wir brauchen Thüringen, wo wir gut leben können.

Antrag G1-ÄA6: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	Tilo Kummer
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 149

Dort wo Beteiligung möglich wird, kann gemeinsam darüber gesprochen werden, wie wir uns bewegen und wohnen, ländliche und städtische Räume gestalten wollen und Gelder der öffentlichen Hand genau dafür einsetzen. Thüringen ist ein Land der Mobilität. Wir wollen die Verkehrswende so vorantreiben, dass Menschen nicht zwangsläufig auf teure und klimaschädliche, fossile Brennstoffe angewiesen sind, aber dennoch niemand abgehängt wird. Mobilitätsgarantie bedeutet für uns, dass nicht nur ein klassischer Bus ins Dorf kommt, sondern, dass ein Auto auch dann noch zur Verfügung steht, wenn keine Verbrenner mehr gebaut werden: Betrieben mit Strom aus erneuerbaren Energien, von denen die Menschen im Dorf nebenbei auch wirtschaftlich profitieren und nicht nur große Konzerne. Das gleiche gilt für die Frage, wer unsere Nahrung produziert und wo. Statt dabei zuzusehen, wie landwirtschaftliche Flächen zum Börsenprojekt und

Spekulationsobjekt werden, tun wir etwas dagegen. Das gilt genauso für unseren Wald. Verkäufen von Waldflächen an Konzerne stellen wir uns entgegen. Dazu gibt es das forststrukturelle Vorkaufsrecht für die Landesgesellschaft. Außerdem sollte ein Verbot des Verkaufs von Wald zu stark überhöhten Preisen geprüft werden. Nicht die Stiftung einer

Handelskette, sondern die kommunale oder genossenschaftlich organisierte oder klein- und mittelständische Wirtschaft vor Ort sollten Grund und Boden gestalten.

Antrag G1-ÄA7: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 2 - 3

Thüringen ist ein Land der Chancen. Wir wollen dieses Land in der Thüringer Familie gestalten, Sicherheit im Wandel geben und jene unterstützen, die hier ~~ih~~ **Leben ha** leben, sowie jene, die ihre Zukunft hier sehen und jene, die dieses Land zu dem gemacht haben, was es heute ist. Unser Thüringen.

Antrag G1-ÄA8: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 9

Thüringen ist ein Land der Chancen. Damit das so bleibt, braucht es weiterhin einen starken linken Gestaltungswillen. Thüringen hat eine gute Entwicklung genommen. All jene, die hier leben, ein Zuhause aufgebaut haben, oder finden, all jene, die in den letzten Jahrzehnten daran mitgewirkt haben oder in den kommenden daran mitwirken

wollen, haben ~~dar~~ihren Anteil daran. Diese Thüringer Familie, dieses "Wir" aller, die hier leben, macht uns aus. 2024 werden die Weichen für die Zukunft in Thüringen gestellt. In Zeiten der Krisenbewältigung geht es jetzt darum, wie dieses Land in 10 oder 20 Jahren aussehen wird. Die Krisen der letzten Jahre und der aktuellen Zeit haben uns gezeigt, wie wichtig es ist, sich aufeinander verlassen zu können.

Antrag G1-ÄA9: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 157

Mit der Verkehrswende, dem Ausbau einer kommunalen Gesundheitsversorgung, der Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, verstärkten Investitionen in Bildungseinrichtungen oder der dringend notwendigen Energiewende sind erhebliche finanzielle Anstrengungen verbunden. Wir müssen daher alternative Wege zur Finanzierung öffentlicher Projekte diskutieren, ohne dabei der Privatisierung das Wort zu reden. Denn der Markt wird es nicht regeln. Er ist und bleibt das Ergebnis menschlichen Handelns. Mit passgenauen öffentlichen

Investitionsgesellschaften des Landes könnten wir uns von starren Spielregeln der schwarzen Null lösen und schneller werden. So beim Ausbau von Bus, Bahn, Schule, Krankenhäusern, Mehrgenerationenhäusern, Jugendclubs, Kultureinrichtungen, Hochschulen oder Nachbarschaftsläden als Räumen, in denen miteinander Mut gemacht und Lösungen gefunden werden. Alles, was das Öffentliche ausmacht, muss in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen.

Antrag G1-ÄA10: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 158

Mit der Verkehrswende, dem Ausbau einer kommunalen Gesundheitsversorgung, der Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, verstärkten Investitionen in Bildungseinrichtungen oder der dringend notwendigen Energiewende sind erhebliche finanzielle Anstrengungen verbunden. Wir müssen daher alternative Wege zur Finanzierung öffentlicher Projekte diskutieren, ohne dabei der Privatisierung das Wort zu reden. Denn der Markt wird es nicht regeln. Mit passgenauen öffentlichen

Investitionsgesellschaften des Landes ~~könnten~~können wir uns von starren Spielregeln der schwarzen Null lösen und schneller werden. So beim Ausbau von Bus, Bahn, Schule, Krankenhäusern, Mehrgenerationenhäusern, Jugendclubs, Kultureinrichtungen, Hochschulen oder Nachbarschaftsläden als Räumen, in denen miteinander Mut gemacht und Lösungen gefunden werden. Alles, was das Öffentliche ausmacht, muss in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen.

Antrag G1-ÄA11: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 162 - 163

Mit der Verkehrswende, dem Ausbau einer kommunalen Gesundheitsversorgung, der Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, verstärkten Investitionen in Bildungseinrichtungen oder der dringend notwendigen Energiewende sind erhebliche finanzielle Anstrengungen verbunden. Wir müssen daher alternative Wege zur Finanzierung öffentlicher Projekte diskutieren, ohne dabei der Privatisierung das Wort zu reden. Denn der Markt wird es nicht regeln. Mit passgenauen öffentlichen Investitionsgesellschaften des Landes könnten wir uns von starren Spielregeln der schwarzen Null lösen und schneller werden. So beim Ausbau von Bus, Bahn, Schule, Krankenhäusern, Mehrgenerationenhäusern, Jugendclubs, Kultureinrichtungen, Hochschulen oder Nachbarschaftsläden als Räumen, in denen miteinander Mut gemacht und Lösungen gefunden werden. Alles, was das Öffentliche ausmacht, ~~muss~~gehört in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen gestellt.

Antrag G1-ÄA12: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 189

Wir wollen darüber sprechen, wie wir es schaffen, aus den ersten kleinen Schritten der Technologieberatungsstellen und der Transformationsagentur einen großen werden zu lassen. Zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen, ist von öffentlichem Interesse. Es braucht daher eine neue Industriebeteiligungsstrategie, mit der das Land Unternehmen begleitet, die bereit sind, umzustellen, statt auf den

Markt "Markt" zu warten, der zwar bereinigt, aber nicht regelt. Dazu bauen wir auf das Wissen aus den Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die gemeinsam mit den berufsbildenden Einrichtungen zu Weiterbildungszentren werden könnten. Dort unterstützen wir Beschäftigte und bauen auf ihr Wissen, um die Aufgaben in den neuen industriellen, öffentlichen und sozialen Arbeitsfeldern anzupacken. Wir wollen Sicherheit schaffen in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt, statt die Menschen sich selbst zu überlassen und wieder viele hinten runter fallen zu lassen. Es braucht das Verständnis dafür, dass wir sie für alle Berufe und Aufgaben benötigen, die Teil der sozialen und klimagerechten Energiewende sind.

Antrag G1-ÄA13: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 197

Wir wollen darüber sprechen, wie wir es schaffen, aus den ersten kleinen Schritten der Technologieberatungsstellen und der Transformationsagentur einen großen werden zu lassen. Zukunftsfähige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen, ist von öffentlichem Interesse. Es braucht daher eine neue Industriebeteiligungsstrategie, mit der das Land Unternehmen begleitet, die bereit sind, umzustellen, statt auf den Markt zu warten, der zwar bereinigt, aber nicht regelt. Dazu bauen wir auf das Wissen aus den Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die gemeinsam mit den berufsbildenden Einrichtungen zu Weiterbildungszentren werden könnten. Dort unterstützen wir Beschäftigte und bauen auf ihr Wissen, um die Aufgaben in den neuen industriellen, öffentlichen und sozialen Arbeitsfeldern anzupacken. Wir wollen Sicherheit schaffen in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt, statt die Menschen sich selbst zu überlassen und wieder viele hinten runter fallen zu lassen. Es braucht das Verständnis dafür, dass wir sie für alle Berufe und Aufgaben benötigen, die Teil der sozialen und klimagerechten Energiewende sind. Bei Wirtschaftsförderung, Auftragsvergabe und Industriebeteiligungen ist auf den Aspekt der Guten Arbeit zu achten. Dazu gehören für uns Beschäftigungssicherung, Ausbildung, Mitbestimmung und Tarifbindung.

Antrag G1-ÄA14: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 198

Haltung zeigen: zeigen und für Sicherheit sorgen: Damit all das möglich wird, braucht es eine klare Haltung, mit der

wir Menschen begegnen. Wir, das bedeutet für uns ein verbindendes "Wir" all derer, die hier leben und mitgestalten wollen. Damit das alle können, braucht es Strukturen, die Menschen hier in Sicherheit ankommen und teilhaben lassen. Aus abweisenden „Ausländerbehörden“ müssen bürokratiearme Einrichtungen werden, in denen Zuwanderung sicher und das Ankommen schnell ermöglicht wird. Aus Kettenduldungen und Perspektivlosigkeiten müssen Bleibeperspektiven und Chancen werden. Der „Spurwechsel“ ist dabei der zentrale Dreh- und Angelpunkt. Wir wollen Menschen nicht länger sich selbst und der Willkür illegalisierter Fluchtwege und verworrener Aufenthaltstitel überlassen. Wir wollen organisierte, ausbeuterische Kriminalität verhindern und stattdessen humanitäre und zivile Hilfe stärken. Landesaufnahmeprogramme müssen stärker mit Leben erfüllt und die Beratungs-, Begleitungs- und Unterstützungsstrukturen auf sichere Beine gestellt werden. Zuwanderung bedeutet für uns Schutz und die Möglichkeit, sicher auf eigenen Beinen stehen zu können. Das wollen wir ermöglichen.

Antrag G1-ÄA15: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 210 - 211

Haltung zeigen: Damit all das möglich wird, braucht es eine klare Haltung, mit der wir Menschen begegnen. Wir, das bedeutet für uns ein verbindendes "Wir" all derer, die hier leben und mitgestalten wollen. Damit das alle können, braucht es Strukturen, die Menschen hier in Sicherheit ankommen und teilhaben lassen. Aus abweisenden „Ausländerbehörden“ müssen bürokratiearme Einrichtungen werden, in denen Zuwanderung sicher und das Ankommen schnell ermöglicht wird. Aus Kettenduldungen und Perspektivlosigkeiten müssen Bleibeperspektiven und Chancen werden. Der „Spurwechsel“ ist dabei der zentrale Dreh- und Angelpunkt. Wir wollen Menschen nicht länger sich selbst und der Willkür illegalisierter Fluchtwege und verworrener Aufenthaltstitel überlassen. Wir wollen organisierte, ausbeuterische Kriminalität verhindern und stattdessen humanitäre und zivile Hilfe stärken. Landesaufnahmeprogramme müssen stärker mit Leben erfüllt und die Beratungs-, Begleitungs- und

Unterstützungsstrukturen auf sichere Beine gestellt werden. Zuwanderung ~~bedeutet für uns Schutz und~~ gut zu gestalten bedeutet für uns die Möglichkeit von Anfang zu haben, sicher auf eigenen wirtschaftlichen

Beinen stehen zu können. Das wollen wir ermöglichen.

Antrag G1-ÄA16: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 216 - 218

Das im Blick habend, zeigt sich, es gibt noch wie vor viel zu tun. Wir stehen vor der Frage, ob wir den Sicherheitsanker setzen und gemeinsam über die Zukunft dieses

Landes reden und sie gestalten wollen. Oder ob andere die sich im Schlechtrede gefallen ~~und~~ Macht, erhalten, ~~obwohl sie nur verwalten oder rückwärtsgewandt~~ um ihre Privilegien zu verteidigen und für Stillstand wollen oder Rückschritt sorgen. Wir sagen, was ist und an wessen Seite wir stehen. Wir brauchen keine Miesmacher, wir brauchen keinen Kulturkampf. Wir brauchen keinen Markt, der nichts regelt. Wir brauchen Thüringen, wo wir gut leben können.

Antrag G1-ÄA17: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 219

Das im Blick habend, zeigt sich, es gibt nach wie vor viel zu tun. Wir stehen vor der Frage, ob wir den Sicherheitsanker setzen und gemeinsam über die Zukunft dieses Landes reden und sie gestalten wollen. Oder ob andere sich im Schlechreden gefallen und Macht erhalten, obwohl sie nur verwalten oder rückwärtsgewandten Stillstand wollen. Wir brauchen keine Miesmacher, wir brauchen keinen Kulturkampf. Wir brauchen

keinen Markt, der nichts regelt. "Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit und die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten." Wir brauchen Thüringen, wo wir gut leben können.

Antrag G1-ÄA18: Änderungsantrag zu G1

Änderungsantrag zu G1

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 232

Sicherheit im Wandel, Anerkennung von Erfahrungen und Zukunft gibt es nur mit mit der Thüringer LINKEN und Bodo

Ramelow. Einer, der im Land und im Bund für die Menschen in Thüringen streitet und klare Haltung zeigt in einer Zeit, welche Haltung statt Spaltung mehr verlangt denn je. Sicherheit im Wandel, dafür stehen wir, als Thüringer LINKE!

Antrag G2: Thüringer Kommunen mit Zukunft für alle: demokratisch, vielfältig und lebendig

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung
Abstimmung	Ja: Mehrheit Nein: 0 Enthaltung: 0

Der Alltag der Menschen findet dort statt, wo sie leben, wohnen, arbeiten und gesellschaftlich verankert sind: vor Ort in den Städten und Dörfern. Hier wird es konkret und hier sehen sie, ob Straßen befahrbar und Bibliotheken geöffnet sind. Lebensqualität ist, wenn der Stadtpark oder der Stadtwald gepflegt werden und Erholung vor der Haustür möglich ist. Sicherheit ist, wenn vor Ort der Einkauf möglich und bezahlbar, die Gesundheit in den guten Händen der Ärztin und Bus oder Bahn für alle erreichbar sind. Entscheidungen im Rathaus oder Landratsamt müssen Einwohner:innen nachvollziehen können. Ob und welche öffentlichen Leistungen erbracht werden und inwieweit diese Kosten auf die Einwohner:innen umzulegen sind, entscheiden demokratisch gewählte Gemeinderäte, Stadträte und Kreistage. Stimmen Transparenz und Beteiligung in diesen Verfahren nicht, verlieren Entscheidungen an Akzeptanz. Hier wird Demokratie konkret erfahrbar. Die Errungenschaften der gleichberechtigten Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen müssen deshalb täglich verteidigt werden. Zur lebendigen und akzeptierten Demokratie gehört es, die Beteiligungsprozesse in den Kommunen immer wieder weiterzuentwickeln und auszubauen. **Wir als LINKE streiten mit den Wahlen 2024 für demokratische Beteiligungskommunen.**

Wer in den Rathäusern und Landratsämtern letztlich entscheidet, macht dies mit einem politischen Mandat. Unsere Mitglieder in den Gemeinderäten, Stadträten und Kreistagen kandidieren auf Listen der Partei DIE LINKE und stehen somit zu den politischen Werten unserer Partei. Sie treten an mit dem politischen Gestaltungsanspruch, soziale, ökologische und lebendige Politik für die Menschen in ihrer Kommune zu praktizieren. Gleiches gilt für (Ober-)Bürgermeister:innen und Landrät:innen mit Mandat der LINKEN. Sie sind keine neutralen Wesen in den Amtsstuben. Sie gestalten vor Ort die Grundlage unseres Zusammenlebens. Und das bedeutet: **Kommunalpolitik ist nicht unpolitisch!** Es geht nicht darum, „nur“ vermeintlich gute Sachpolitik jenseits parteipolitischer Programmatik zu machen. Bereits im Dorf oder in der Stadt entscheidet sich durch die politische Arbeit von Kommunalpolitiker:innen und allen, die sich an den politischen Prozessen beteiligen, welches Menschenbild in der Kommune gelebt wird. Wir wollen deshalb die Einwohner:innen einbeziehen und gemeinsam mit ihnen über ihre und unsere Ideen zur Gestaltung ihrer Stadt oder ihres Dorfes diskutieren. Es geht um einen gemeinsamen Austausch auf Augenhöhe. **Leiten lassen wir uns dabei von der Idee „Gläsernes Rathaus“.**

Offenheit und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungswege und der Abwägungsgründe setzen voraus, dass alle die unbeschränkte Möglichkeit haben, sich umfassend zu informieren, um sich einbringen zu können. Das Rathaus ist der Ort der Gemeinschaft, wo Entscheidungen getroffen werden, die im Alltag der Menschen ihre konkrete Wirkung erfahren. Wie hoch die Kindergartengebühren sind oder ob neue Radwege angelegt werden, wird hier entschieden. Es gibt kein öffentliches Gebäude, bei dem die Einwohner:innen über mehr Zutrittsrechte verfügen. Die Rathäuser und Landratsämter müssen deshalb ihr Wirken im Interesse der Einwohner:innen ausrichten. **Wir sagen deutlich: Die Verwaltung ist für die Menschen da!**

Neben modernen Zugangsmöglichkeiten wie günstigen Öffnungszeiten, mobiler Erreichbarkeit und

Barrierefreiheit braucht es auch die Möglichkeit, an Entscheidungen mitwirken zu können. Bisher ist gesetzlich geregelt, dass die (Ober-)Bürgermeister:innen und Landrät:innen bestimmen, wann eine Gremiensitzung stattfindet. Dieses Recht sollte den Gemeinde- und Stadträten sowie den Kreistagen ebenso zustehen, um zu entscheiden, an welchen Wochentagen und zu welchen Uhrzeiten die Gremiensitzungen beginnen. Hierdurch wird nicht nur das Ehrenamt in seiner Arbeit ermöglicht, sondern insbesondere auch die Teilhabe von Frauen in der ehrenamtlichen kommunalpolitischen Mitarbeit gestärkt. Es ist nach wie vor Lebenswirklichkeit, dass Frauen überproportional bei der Kinderbetreuung, dem Haushalt und der Pflege von Angehörigen beansprucht werden. Hier stehen die Kommunen auch in der Verantwortung, den erhöhten organisatorischen und finanziellen Mehraufwand den Frauen und Familien tragen, auszugleichen. Das betrifft beispielsweise Alleinerziehende, die am Wochenende nicht einfach so zu einem kommunalen Festempfang gehen und Kontakte knüpfen oder sich kommunalpolitisch weiterbilden können, weil die Kinderbetreuung unmöglich ist. Wer sich dann eine Betreuung einkauft, muss dafür die Kosten von der Kommune erstattet bekommen. Gleiches gilt für Kommunalpolitiker:innen, die Angehörige betreuen und pflegen. **Gleichstellung muss in der Kommunalpolitik verankert sein!**

Es ist ein politischer Achtungserfolg, dass es der rot-rot-grünen Koalition in Thüringen gelungen ist, die Fragestunde für Einwohner:innen in den Gemeinden und Städten zur Pflicht zu machen. In einzelnen Landkreisen ist die Fragestunde für Einwohner:innen ein freiwilliges Angebot. Damit können kommunalpolitische Anliegen öffentlich gemacht werden. Ein weiterer Schritt zur Beteiligung von Menschen ist, ihnen auch das Rederecht in den Sitzungen einzuräumen. Kommunalpolitik ist für uns mehr als eine "Schaufensterdemokratie". **Wir wollen uns dafür einsetzen, dass vor Ort Regelungen geschaffen werden, die es ermöglichen, dass Einwohner:innen auch während der Gremiensitzungen ein Rederecht erhalten.**

Die Ausschussarbeit muss noch transparenter werden. Hierzu hat Rot-Rot-Grün die gesetzlichen Regelungen bereits geschaffen und die Möglichkeit von öffentlich tagenden Ausschüssen eingeräumt – und zwar auch dann, wenn die Ausschüsse nur vorberatend tätig sind. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle Argumente für oder gegen eine Entscheidung oder Änderungen am ursprünglichen Beschlusstext nachvollzogen werden können. Politische Entscheidungen haben immer eine öffentliche Relevanz. Deshalb müssen auch deren Entscheidungswege immer öffentlich sein. **Wir setzen uns deshalb vor Ort dafür ein, dass alle Ausschüsse öffentlich tagen.**

Besonders bedeutsam ist dies für die Beratung zu den kommunalen Haushalten. Die Gemeinde- und Stadträte sowie die Kreistage entscheiden darüber, nach welchen Kriterien die öffentlichen Mittel verausgabt werden sollen. Hier gilt es für uns, die Weichen der kommunalen Haushaltspolitik in enger Abstimmung mit den Einwohner:innen zu stellen. Vielfach gibt es bereits gute Erfahrungen mit Beteiligungshaushalten. Klar, nicht jeder Vorschlag wird umgesetzt werden können. Aber bereits die Diskussion mit den Einwohner:innen darüber, wofür die Mittel der Gemeinde, der Stadt oder des Kreises ausgegeben werden sollen, führt zu Verständnis und Nachvollziehbarkeit, auch bei manch harter Entscheidung. Haushaltspolitik ist die Entscheidung vor Ort, für den Ort, für das Dorf, für die Stadt, den Kreis, ganz nah und mit Wirkung. Letztlich können alle Beteiligten des Prozesses durch gegenseitiges Zuhören voneinander lernen und Politik hat die Möglichkeit, Vertrauen zurückzugewinnen. **Deshalb wollen wir vor Ort neue Formen der Beteiligung beim Kommunalhaushalt einführen und bestehende Instrumente weiter ausbauen.**

Nach unserem Verständnis müssen in einer Demokratie die Menschen in der Kommune das letzte Wort haben können. Sofern einzelne Entscheidungen auf keine Akzeptanz bei den Betroffenen stoßen, haben sie die Möglichkeit, die Beschlusslage im Rahmen eines Bürger:innenentscheides neu zur Abstimmung

durch die Allgemeinheit zu stellen. Dafür muss man wissen, worum es geht und welche Möglichkeiten bestehen. Das ist nicht für alle eine Selbstverständlichkeit und erfordert Wissen und unterstützende Beratung, um die Beteiligungsinstrumente nutzen zu können. **Wir streben an, dass die kommunale Verwaltung diesen Prozess zum Bürgerentscheid nicht nur passiv begleitet und die Rechtskonformität überwacht, sondern aktiv die Einwohner:innen berät, wenn diese sich auf den Weg machen und die politische Teilhabe mit Leben erfüllen.**

Wir sind davon überzeugt, dass Verwaltung für die Menschen da ist. Für die Einwohner:innen ist es meist unerheblich, welche Stelle im Rathaus, Landratsamt oder einer Einrichtung von Bund und Land konkret zuständig ist. Die Menschen haben ein Anliegen, das es zu beantworten, zu bearbeiten und zu lösen gilt. Gute öffentliche Verwaltung heißt für uns, dass es eine zentrale Anlaufstelle vor Ort gibt, wo die Menschen ihre Anliegen vortragen können. Dort erhalten Bürger:innen eine erste Beratung, wie ihrem Anliegen entsprochen werden könnte. Der weitere Verwaltungsweg, Anträge und andere Notwendigkeiten werden von dort organisiert. Dies bedarf einer guten Vernetzung der Behörden auf Kreis- aber auch auf Landesebene. **Die erste zentrale Anlaufstelle wollen wir als Service-Büro für Bürger:innen verstehen, welches als Netz über alle Kommunen in Thüringen gespannt ist.**

Auch die Kommunen müssen die Zukunftsaufgaben anpacken und als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Netzwerkes ihren Beitrag zur Lösung der Herausforderungen erfüllen. **Die Fragen eines zukunftsfähigen Mobilitätskonzeptes für Thüringen werden wir nicht ohne die Kommunen beantworten können.** Wir sprechen uns dafür aus, dass der öffentliche Personennahverkehr, egal ob Bus oder Bahn, für alle Menschen attraktiv sein muss. Das bedeutet vor allem kostengünstig, fahrscheinfrei und ein Angebot, das die Bedürfnisse im Alltag erfüllt. Bus- und Bahnfahren in den Städten und über Land sollen den modernen Ansprüchen genügen. Hierzu muss die Attraktivität durch eine Verdichtung der Netze, gute Taktzeiten und eine Verknüpfung mit möglichst geringen Wartezeiten angestrebt werden. Vor allem die Innenstädte müssen vom zunehmenden Autoverkehr entlastet werden. Das Parken auf dem Marktplatz darf nicht billiger sein als die Fahrt mit dem Bus vom Parkplatz am Rand der Kommune in das Stadtzentrum.

Eine kommunale Verkehrspolitik ist noch viel mehr. Andere Kommunen haben es vorgemacht. Öffentliche Räume den parkenden oder fahrenden Fahrzeugen wieder zu entziehen, diesen Raum für die Menschen zurückzugewinnen und mit Leben zu erfüllen, ist möglich und nicht nur in Großstädten machbar. Begrünte Städte sind kühler in einer sich erwärmenden Umwelt. Lebensqualität, Mobilität für alle und eine Verkehrsplanung, die auch Radfahrende mitdenkt, sind kein Widerspruch. Schauen wir uns die Stadtplanung in vielen Plattenbaugebieten mit Grünanlagen und Schattenplätzen an, werden wir das Konzept bereits dort finden. **Kommunale Klimapolitik kann einen wichtigen Beitrag leisten, die Folgen des Klimawandels zu begrenzen.** Hitzeschutz in den Städten ist gelebte Gesundheitspolitik in der Kommune. Eine weitere Aufheizung und Austrocknung der urbanen Lebensräume müssen wir verhindern. Hierzu müssen wir die Klimapolitik vor Ort auch größer denken. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat ein Förderprogramm aufgelegt, damit vor Ort entsprechende Klimaschutzkonzepte erarbeitet werden können. Was genau damit passiert, das ist gelebte Demokratie auf kommunaler Ebene. **Wir sprechen uns dafür aus, dass diese Klimaschutzkonzepte auch unter Beteiligung der Einwohner:innen erstellt und weiterentwickelt werden.**

Unsere Kommunen können einen wichtigen Beitrag zur Erzeugung von erneuerbarer Energie leisten. Die Kommunalen Energieversorger sind gefragt stärker in solche Projekte zu investieren und die Menschen dabei zu beteiligen. Wir setzen uns dafür ein, dass vor Ort mehr Energiegenossenschaften gegründet werden.

Vor allem in den stärker verdichteten Innenstädten muss die zentrale Wärmeversorgung eine größere

Rolle spielen. Es wäre unrealistisch, zu glauben, dass Thüringer Kommunen bei einer immer stärker vernetzten und voneinander abhängigen Welt ausgerechnet bei der Wärmeversorgung fast ausschließlich auf individuelle Lösungen der Wärmeversorgung setzen könnten. Diejenigen, die bisher auf ihre eigene Wärmeversorgung mit Öl oder Gas gesetzt haben, müssen bei diesen Veränderungsprozessen mitgenommen werden. Beteiligung ist die beste Form, um Akzeptanz für den Klima- und Umweltschutz im Dorf und der Stadt zu schaffen. **Wir**

setzen uns vor Ort dafür ein, dass Beiräte geschaffen werden, die die Verwaltungen bei der Gestaltung in der kommunalen Klimapolitik begleiten.

Auch als Begegnungsraum für Menschen müssen die Kommunen wiederentdeckt werden. Eine Belebung der Innenstädte sehen wir nicht in erster Linie aus ökonomischer Sicht, dass alle Verkaufsläden in den Fußgängerzonen auch auf Kosten der Allgemeinheit offenbleiben. Vielmehr wollen wir diese Räume dafür nutzen, uns Gedanken über das menschliche Zusammenleben vor Ort zu machen. **Die Plätze in unseren Dörfern und**

Städten sollen Begegnungsraum für Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Kulturen und unterschiedlicher Erfahrungen sein. Es können dadurch neue Freiräume der Kreativität entstehen, wo sich Menschen ganz neu entdecken und entfalten sowie Orte der Kommunikation entstehen. Wir wollen vor Ort Möglichkeiten der Begegnung von Menschen schaffen, die sich sonst womöglich nie begegnet wären. Das stärkt den sozialen Zusammenhalt und schafft ganz neue Formen der Identifizierung mit der Kommune.

Diese neuen Formen der kommunalen Gemeinschaft wollen wir durch eine Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit unterstützen. Als LINKE lehnen wir es ab, dass sich die öffentliche Hand aus wichtigen Bereichen zurückzieht, mit dem Vertrauen darauf, dass ehrenamtliche Kräfte die Arbeit anschließend übernehmen. Deshalb ist es wichtig, dass unter rot-rot-grüner Verantwortung in Thüringen die Anerkennungskultur für Ehrenamtliche gestärkt und das Netz an Beratungs- und Koordinierungsstellen für Freiwilligenarbeit mit hauptamtlichen Strukturen ausgebaut wurden und werden. Das Landesprogramm für ein solidarisches Zusammenleben der Generationen ist hierfür der deutlichste Ausdruck. Wir wollen erreichen, dass diese Angebote in allen Landesteilen die Lebensqualität der Menschen erhöhen. Wir streiten dafür, dass diejenigen die ihre Zeit für andere im Ehrenamt zur Verfügung stellen, etwas zurückbekommen. Ehrenamtskarten zur kostenfreien Nutzung von Bus und Bahn oder andere Unterstützungsmöglichkeiten wollen wir dazu im Ort auf den Weg bringen. **Wir setzen uns dafür ein, dass auch mit eigenen kommunalen Mitteln die Arbeit der Ehrenamtlichen besser unterstützt wird.**

Unter rot-rot-grüner Regierungsverantwortung wurde das Landesprogramm AGATHE auf den Weg gebracht, mit dem älteren Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. Eine örtliche Gemeinschaft, das sind wir alle, in jedem Alter, in jeder Lebenssituation. Wir alle haben etwas beizutragen zum vielfältigen "Wir" vor Ort. Manchmal geben wir Unterstützung, manchmal brauchen wir welche. Dieser Verantwortung dürfen sich heute die Kommunen nicht entledigen. Es ist unsere Aufgabe als LINKE, darauf zu achten, dass es unseren Nachbarn gut geht. **Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm AGATHE flächendeckend in Thüringen einen Beitrag leistet, dass kein Mensch allein bleiben muss.**

Dazu gehört auch, dass wir die medizinische Versorgung vor Ort in hoher Qualität sicherstellen wollen. Nach unserer Überzeugung haben alle bestehenden Krankenhäuser eine Existenzberechtigung. Sie erfüllen einen öffentlichen Auftrag. Auch wenn sich hier exemplarisch zeigt, dass die Privatisierungen öffentlicher Aufgaben in den zurückliegenden 30 Jahren falsch gewesen sind, stellen wir keine medizinische Einrichtung zur Diskussion. Deshalb war es richtig, dass unter maßgeblicher LINKER Beteiligung das Gesetz geändert wurde, um die regionalen Krankenhäuser auch über Kreisgrenzen hinweg

zu stärken und das Netz an Medizinischen Versorgungszentren weiter auszubauen. Damit leisten wir zum Teil auch einen Beitrag zur Re-Kommunalisierung des Gesundheitswesens. Versorgungszentren in kommunaler Hand, Pflegestützpunkte oder Gesundheitskioske sind wichtige Säulen für eine kommunale Gesundheitspolitik, die allen zugänglich ist. **Vor Ort wollen wir uns dafür einsetzen, diese gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Stärkung der medizinischen Versorgung konkret mit Leben zu erfüllen.**

Als Thüringer LINKE stehen wir dafür ein, dass alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in den Kommunen partnerschaftlich geregelt werden. Das bedeutet für uns, die Voraussetzungen zu schaffen, damit sich alle in die Prozesse vor Ort einbringen können. Politische Entscheidungen werden zuerst in der Kommune erlebbar. Deshalb müssen die demokratischen Mitwirkungsprozesse ausgebaut werden. Wer die notwendigen politischen Schritte ohne die Menschen geht, darf sich schließlich nicht wundern, wenn sich Menschen von der Demokratie zurückgelassen fühlen. **Wir als DIE LINKE vor Ort sind die Garantie für Thüringer Kommunen mit einer Zukunft für alle: Demokratisch, vielfältig und lebendig!**

Antrag G2-ÄA1: Änderungsantrag zu G2

Änderungsantrag zu G2

Antragsteller*in:	Andreas Schubert, Markus Gleichmann, Kreisverband Unstrut-Hainich-Kreis
Status:	angenommen
Antragsblock:	Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeile 139

Eine kommunale Verkehrspolitik ist noch viel mehr. Andere Kommunen haben es vorgemacht. Öffentliche Räume den parkenden oder fahrenden Fahrzeugen wieder zu entziehen, diesen Raum für die Menschen zurückzugewinnen und mit Leben zu erfüllen, ist möglich und nicht nur in Großstädten machbar. Begrünte Städte sind kühler in einer sich erwärmenden Umwelt. Lebensqualität, Mobilität für alle und eine Verkehrsplanung, die auch Radfahrende mitdenkt, sind kein Widerspruch. Schauen wir uns die Stadtplanung in vielen Plattenbaugebieten mit Grünanlagen und Schattenplätzen an, werden wir das Konzept bereits dort finden. **Kommunale Klimapolitik kann einen wichtigen Beitrag leisten, die Folgen des Klimawandels zu begrenzen.** Hitzeschutz in den Städten ist gelebte Gesundheitspolitik in der Kommune. Eine weitere Aufheizung und Austrocknung der urbanen Lebensräume müssen wir verhindern. Hierzu müssen wir die Klimapolitik vor Ort auch größer denken. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat ein Förderprogramm aufgelegt, damit vor Ort entsprechende Klimaschutzkonzepte erarbeitet werden können. Was genau damit passiert, das ist gelebte Demokratie auf kommunaler Ebene. **Wir sprechen uns dafür aus, dass diese Klimaschutzkonzepte auch unter**

Beteiligung der Einwohner:innen erstellt und weiterentwickelt werden.

Unsere Kommunen können einen wichtigen Beitrag zur Erzeugung von erneuerbarer Energie leisten. Die Kommunalen Energieversorger sind gefragt stärker in solche Projekte zu investieren und die Menschen dabei zu beteiligen. Wir setzen uns dafür ein, dass vor Ort mehr Energiegenossenschaften gegründet werden.